

DAS ARCHIV

ZEITUNG FÜR WOLFSBURGER STADTGESCHICHTE

0,00 €

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation der Stadt Wolfsburg

Mai 2018

Editorial

VON ALEXANDER KRAUS

„Die Sprache der Fotografie ist die Sprache der Ereignisse“, so der Schriftsteller und Kunstkritiker John Berger in seinem Aufsatz *Eine Fotografie verstehen* (1968). Dabei sei die Entscheidung des Fotografen, das sich Ereignis fotografisch festzuhalten, bereits eine der Kernbotschaften der Fotografie. Schaut man sich die Sammlung Denecke aus dem Stadtarchiv Wolfsburg einmal genauer an, in der auf weit über hundert Aufnahmen die Vorbereitungen zur Grundsteinlegung des Volkswagenwerks wie auch das Ereignis vom 26. Mai 1938 selbst durch die Linse unterschiedlicher Fotografen und lokaler Bildchronisten dokumentiert sind, so wird schnell klar: Die Aufnahmen transportieren eine Vielzahl an Botschaften, da auf ihnen Ereignisse auf unterschiedlichen Ebenen festgehalten sind. Um welche Ebenen es sich dabei konkret handelt und wie die Fotografien aus der Sammlung gelesen und verstanden werden können, erschließt uns die Berliner Historikerin Linda Marie Conze in unserem Titelinterview.

Unser freier Mitarbeiter Maik Ullmann wiederum begibt sich mit seiner Untersuchung des Geschichtsbildes der 1918 entstandenen Organisation *Der Stahlhelm* auf geschichtswissenschaftliches Neuland, ist doch eine solche Untersuchung aus lokalgeschichtlicher Perspektive bislang noch nicht erfolgt. Ullmann fokussiert dabei auf Veranstaltungen der hiesigen Ortsgruppen aus Vorsfelde, Fallersleben und Schloss Wolfsburg und vermag aufzuzeigen, wie die rechts-konservative Organisation ihr ebenso militaristisches wie reaktionär-revanchistisches Geschichtsbild auf lokaler Ebene zu popularisieren vermochte.

Der Wirtschaftshistoriker Christopher Kopper schließlich gibt uns einen Einblick in seine jüngst erschienene und im Auftrag der *Volkswagen AG* erarbeitete Publikation *VW do Brasil in der brasilianischen Militärdiktatur*, mit der der Konzern auf einen 2014 veröffentlichten Bericht der *Brasilianischen Wahrheitskommission* über Menschenrechtsverletzungen und politische Morde während der Militärdiktatur reagierte. In diesem sah sich die *Volkswagen AG* Vorwürfen der Kollaboration ausgesetzt. Im begleitenden Interview mit dem Lateinamerikahistoriker Stephan Ruderer blickt er dabei auch auf andere deutsche Wirtschaftsunternehmen und deren Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Militärdiktaturen und ordnet die Geschehnisse in die in jenen Jahren ungebrochen guten bundesrepublikanischen Wirtschaftsbeziehungen ein.

Der Fotograf Robert Lebeck lässt uns auch in dieser Ausgabe nicht los, sind wir doch über einen Zufall an Fotografien gelangt, die den Fotojournalisten bei der Arbeit im Prager Frühling zeigen.



Abb. 1: Vorbereitungen in Fallersleben für die Festivitäten zur Grundsteinlegung, am oder vor dem 26.5.1938, Foto: unbekannt, StadtA WOB, Sammlung Denecke, F-DEN-011.

Abseits der großen Bühne

Die Grundsteinlegung des Volkswagenwerks durch die Linse lokaler Bildchronisten

LINDA MARIE CONZE IM INTERVIEW

Alexander Kraus: In deinem Promotionsprojekt beschäftigst du dich mit überwiegend privaten Fotografien, die zur Zeit des Nationalsozialismus anlässlich von Festen oder Feiern entstanden sind. Wie verhält sich die hiesige Sammlung Denecke dazu, die Fotografien unterschiedlicher Provenienz vereint, die im Kontext der Grundsteinlegung des Volkswagenwerks entstanden sind? Die dort vereinigten Aufnahmen zeigen ja auch weit mehr als lediglich die offiziellen Fotografien, die den Akt der Grundsteinlegung propagandistisch dokumentierten.

Linda Marie Conze: Die Sammlung Denecke eröffnet in der Tat vielfältige Perspektiven auf den Tag der Grundsteinlegung. Sie umfasst die Arbeiten verschiedener Fotografen – und möglicherweise Fotografinnen –, die den Tag der Grundsteinlegung auf ganz unterschiedliche Weise dokumentiert haben. Die Identität einiger der Fotografen ist bekannt, über andere wissen wir wenig, doch lassen auch diese bisher anonymen Bilder spannende Erkenntnisse über Mobilisierungsprozesse und Momente von Vergemeinschaftung während des Nationalsozialismus zu. Seitens der bekannten Fotografen wäre Fritz Heidrich zu nennen, dem einige der Bilder aus der Sammlung zugeordnet werden können. Heidrich wurde später Werksfotograf für Volkswagen. Er fotografierte am 26. Mai 1938 im Auftrag des Unternehmens

und damit gewissermaßen auch des NS-Regimes. Motivisch konzentrieren sich seine Bilder auf die Rede Hitlers, die dieser am Tag der Grundsteinlegung hielt. Heidrichs Bilder entsprechen unseren – oftmals unbewussten – Sehenswartungen an Fotografien propagandistischer Großveranstaltungen des NS-Regimes. Er bemüht sich, die Symmetrie der Veranstaltungsarchitektur, das Visavis von Ehrentribüne und sorgfältig aufgestelltem Publikum fotografisch wiederzugeben und damit ihre gewünschte Wirkung fortzusetzen.

Überraschender sind andere Bilder der Sammlung, insbesondere ein umfangreiches Korpus, das vornehmlich Momente abseits der großen Bühne einfängt. Viel deutet darauf hin, dass es von einem Typ von Bildagenten stammt, der zeitgenössisch in vielen Kleinstädten und Dörfern aktiv war, allerdings von der Forschung bislang recht wenig Aufmerksamkeit erfahren hat: einem lokalen Bildchronisten, der zur Stelle war, sobald im Ort etwas Außergewöhnliches geschah. Jene Bildchronisten waren oftmals fotografische Autodidakten, die mit ihrer Kamera lokale Ereignisse festhielten und so stetig wachsende, vielfältige Sammlungen visueller Erinnerungen schafften. Die Bilder aus diesen Sammlungen zirkulierten: Bewohnerinnen und Bewohner der Orte konnten nach Veranstaltungen einzelne Fotografien auswählen, um mit ihnen ihre privaten Fotoalben zu bestücken.

Die kleinen Nummern, die auf vielen der Fotografien aus der Sammlung Denecke zu sehen sind, deuten auf diese Auswahl- und Vervielfältigungspraxis hin.

Weitere Indizien dafür, dass es sich um einen lokalen Chronisten und nicht etwa einen überregionalen Auftragsfotografen handelt, liefern sowohl die Bildsprache als auch die Motivwahl. Die Fotos zeigen zwar durchaus auch offizielle Programmpunkte des Festablaufs wie den Umzug von NS-Gliederungen wie Arbeitsfront, HJ, SS und SA. Zugleich sind viele dieser Bilder jedoch verwackelt und legen Unsicherheiten des Fotografen im Umgang mit der Kamera offen. Andere Aufnahmen setzen die veränderten Straßenzüge des Ortes in Szene, die für das Großereignis geschmückt und beflaggt worden sind. Und wiederum andere Fotografien zeigen die Vorbereitungen des Festtages selbst, die Abspernung von Straßen und das Dekorieren der Häuser: Eine ganze Bildserie widmet sich Männern, die ausgestattet mit langen Leitern Girlanden an den Gebäuden des Ortes anbringen, eine vermeintlich unspektakuläre Tätigkeit im Festablauf (Abb. 1). *Fortsetzung auf Seite 2*



Fortsetzung von Seite 1 Die Männer, die auf diesen Bildern am Werk sind, tragen Drilllich, eine Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsuniform, und werden demnach als Zugehörige zu einer NS-Gliederung, der Wehrmacht, ins Bild gesetzt. Zugleich haben die Bilder teilweise individuellen Porträtcharakter, wie sich gut anhand Abbildung 2 verdeutlichen lässt. Die Männer haben sich die Blättergirlanden wie Federboas um den Hals gelegt; einer von beiden grinst breit in die Kamera, während der andere eine besonders ernste Miene aufgesetzt hat. Die beiden weiteren Figuren, die ins Bild geraten sind, offenbaren seinen Schnappschusscharakter – für langwierige fotografische Inszenierungen war während des Arbeitens vermutlich auch schlicht keine Zeit. Es wurde zum Beispiel nicht gewartet, bis die zweite Person von rechts den Bildausschnitt durchquert hat und aus diesem verschwunden ist. In diesem Bild geht es entschieden nicht um einen politischen Festakt. Es handelt sich vielmehr um ein humoristisches Doppelporträt, das die beiden Männer später als Erinnerung an einen ungewöhnlichen Tag und eine ebenso ungewöhnliche Tätigkeit in ihre Fotoalben geklebt haben mögen. Bilder wie dieses zeigen das Changieren des Bildchronisten zwischen Dokumentation und Interaktion. Anders als in Fotografien, die die Inszenierung der Grundsteinlegung zeigen, werden in seinen Bildern oftmals Blicke getauscht. Die Bilder zeigen und richten sich an diejenigen, deren Leben sich auch an normalen Tagen in und um Fallersleben abspielte und die sich in ihnen wiederfinden können. Es vermischen sich auf den Aufnahmen demnach die Repräsentationsbedürfnisse der abgebildeten Einzelpersonen und Gruppen und diejenigen der Organisationsleitung der politischen Veranstaltung.

Entsprechend würde ich Bilder wie diese auch nicht als privat bezeichnen. Vielmehr tragen sie zur Aushandlung dessen bei, was in den 1930er Jahren privat und was öffentlich, was das Eigene und das Allgemeine war. Eine umfangreiche Aufarbeitung der Sammlung müsste es sich übrigens auch zur Aufgabe machen, nach dem Geschlecht derjenigen zu fragen, die die Bilder gemacht haben. Ich spreche hier von einem männlichen Bildchronisten – was statistisch gesehen für die Zeit zwar wahrscheinlicher, aber keineswegs selbstverständlich ist.

Alexander Kraus: Warum bieten sich Fotografien von Festivitäten und Feierlichkeiten besonders gut an, um anhand ihrer nach den spezifischen Bedingungen des Fotografierens in einem diktatorischen Regime zu fragen? Ich fand diesbezüglich deine Aussage, ein festlicher Umzug durch eine Stadt als „öffentlicher Akt besitzt [...] per se eine politische Komponente“ sehr prägnant.¹ Wie zeigt sich diese Komponente anhand der Bilder aus der Sammlung Denecke?

Linda Marie Conze: Bereits während der Weimarer Republik begannen Gruppen aus dem gesamten politischen Spektrum mehr und mehr in den öffentlichen Raum zu streben, wie Matthias Warstat am Beispiel des 1. Mai ausgeführt hat. Sichtbarkeit, die für Feste grundsätzlich eine große Rolle spielt, sei es in Form von Schmuck, spezifischer Garderobe oder durch performative Rituale, wurde auf eine neue Ebene gehoben.² Fotografie dient sich – bis heute – dieser Sichtbarkeit der Feste an und verlängert sie. Man könnte sagen, zwischen Fest und Fotografie besteht eine besondere Komplizenschaft. In beiden kristallisieren sich soziale Prozesse. Feste besitzen per se ein gemeinschaftsstiftendes Moment.



Abb. 2: Zwei Wehrmachtssoldaten bei Vorbereitungen für die Festivitäten zur Grundsteinlegung, am oder vor dem 26.5.1938, Foto: unbekannt, StadtA WOB, Sammlung Denecke, F-DEN-015.



Abb. 3-5: Wagenkolonne Adolf Hitlers in Fallersleben, 26.5.1938, Foto: unbekannt, StadtA WOB, Sammlung Denecke, F-DEN-023, F-DEN-045, F-DEN-042.



Abb. 6: SA-Division beim Umzug durch Fallersleben anlässlich der Grundsteinlegung, 26.5.1938, Foto: unbekannt, StadtA WOB, Sammlung Denecke, F-DEN-10.



Abb. 7: Musikzug beim Umzug durch Fallersleben anlässlich der Grundsteinlegung, 26.5.1938, Foto: unbekannt, StadtA WOB, Sammlung Denecke, F-DEN-021.

Diejenigen, die zum Feiern zusammenkommen, vergewissern sich ihrer Zusammengehörigkeit oder besiegeln rituell die Veränderung einer Gemeinschaft, den Beginn von etwas Neuem. Wenn gleich weniger augenscheinlich sind Feste jedoch auch immer Momente von Abgrenzung, sei es gegenüber vorangegangenen Formen von Gemeinschaft oder gegenüber denjenigen, die der Feier nicht beiwohnen, nicht eingeladen sind,

nicht zum Zirkel der Feiernden gehören. Ähnliches lässt sich über die Fotografie sagen. Auch sie stellt in dem Moment, in dem sich die Kamera auf Menschen richtet und der Auslöser gedrückt wird, Gemeinschaft her. Sie visualisiert Zugehörigkeit, aber auch Grenzen und Hierarchien und vermag diese festzuschreiben. Erzählungen und Vorstellungen von Gemeinschaft entspinnen sich an Bildern. Und gerade fotografische Bilder

besitzen eine spezifische Wirkmacht. Der Festakt zur Grundsteinlegung lief in vielerlei Hinsicht nach den 1938 bereits etablierten und eingeübten Mustern nationalsozialistischer Machtszenierung ab. Das überlieferte Minutenprotokoll der Veranstaltung lässt die einzelnen Schritte von der Autofahrt des Führers durch die Massen, über seine Rede am Werk bis hin zu seiner Abreise mit dem Zug gut nachvollziehen. Die Menschenmenge vor der Ehrentribüne am Werk, passives Publikum und tragender Bestandteil der Inszenierung zugleich, war planvoll zusammengesetzt worden, um die NS-Volksgemeinschaft zu repräsentieren; viele der Anwesenden waren extra mit Zügen nach Fallersleben gebracht worden. Auch die zentrale Rolle der Presse, insbesondere der Bildpresse, ist aus dem Protokoll ersichtlich, denn die propagandistische Wirkung des orchestrierten Aktes sollte natürlich weit über die Grenzen von Fallersleben hinausgetragen werden. Im Festakt der Grundsteinlegung sollten Machtverhältnisse sichtbar werden. Viele der bis heute publizierten Fotografien vom Festakt reproduzieren, wie auch Manfred Grieger schreibt, die gewünschte propagandistische Wirkung.³

Die Fotos aus der Sammlung Denecke lassen dagegen sichtbar werden, was der Festakt für den Ort oder die Region bedeutete und wie er lokal angeeignet wurde. Bildchronisten besetzen hier eine aufschlussreiche Scharnierstelle. In ihrer Bildproduktion verbinden sie gewissermaßen den Erinnerungsanspruch des Regimes mit dem Erinnerungsanspruch von Anwohnerinnen und Anwohnern. Es werden Übersetzungsprozesse sichtbar. Der offizielle Höhepunkt des Tages war der Auftritt Hitlers und die Grundsteinlegung selbst, die naturgemäß auf der Baustelle außerhalb Fallerslebens stattfand. In vielen der Bilder aus der Sammlung Denecke wird zugleich der Ort Fallersleben selbst in Szene gesetzt. Die Fotografien beispielsweise der Autokolonne Hitlers zeigen eben nicht bloß das Auto des Führers, sondern das Auto des Führers an *diesem* spezifischen Ort (Abb. 3 bis 5). Die Bewohnerinnen und Bewohner, die auf diese Bilder geraten, sind nicht allein Staffage, die verschiedenen Gebäude und Straßenecken nicht allein Kulisse.

Alexander Kraus: In einem anderen Aufsatz von dir, den du mit Sandra Starke gemeinsam über Fotografieserien einer Kleinstadt während der NS-Zeit verfasst hast, betont ihr unter anderem die Bedeutung der Fotografien als visuelle Chronik des Geschehens. Die Aufnahmen eines öffentlichen Festzuges dokumentieren jedoch oftmals, wie ihr aufzeigt, weit mehr als das auf den ersten Blick Erkennbare – und dies besonders, wenn man auf das Beiläufige achtet.⁴ Gibt es auch Beispiele dafür in unserem Bildmaterial?

Linda Marie Conze: Im Falle der Sammlung Curt Biella aus Gunzenhausen ging es ganz konkret um antisemitische Anschläge im Hintergrund eines Gruppenbildes von Kommunionkindern, die tatsächlich nur bei sehr genauer Betrachtung des Fotos ins Auge fielen. Hier hatte sich gewissermaßen das Politische in vermeintlich unpolitisches, weil überzeitliche Bildmotive eingeschlichen, schließlich empfingen Kinder von Katholiken vor, während und nach der Zeit des Nationalsozialismus ihre Erstkommunion. Man könnte sagen, im Falle der Sammlung Denecke geschieht etwas Umgekehrtes. Dass der Tag der Grundsteinlegung unter NS-politischen Vorzeichen steht, ist unübersehbar. Em-



Abb. 8: Menschenansammlung anlässlich der Grundsteinlegung, 26.5.1938, Foto: unbekannt, StadtA WOB, Sammlung Denecke, F-DEN-025.



Abb. 9: Veranstaltung anlässlich der Grundsteinlegung, 26.5.1938, Foto: unbekannt, StadtA WOB, Sammlung Denecke, F-DEN-034.

bleme, Uniformen, Rituale, die auf den Bildern zu sehen sind, tragen symbolische Bedeutung und sind auf eine politische Botschaft ausgerichtet. Zwei Bilder des Umzuges, der anlässlich der Grundsteinlegung durch Fallersleben zog und unter anderem Divisionen des NS-Kraftfahrkorps, der Wehrmacht, HJ, SS und SA sowie Musik- und Fanfarenzüge der HJ, SS-Junkerschule Braunschweig und der DAF-Werkscharen versammelte, fallen jedoch aus der Reihe. Anstelle eines disziplinierten Marschs gelangt eine gewisse Undisziplin ins Bild, so im Falle der Abbildung 6.

Der Fotograf muss die Umziehenden auf sich aufmerksam gemacht haben oder äußerst prominent und gut sichtbar – in jedem Falle erhöht – platziert gewesen sein, denn beinahe alle Köpfe der SA-Männer wenden sich ihm zu. Möglicherweise führt die Situation des Fotografiert-Werdens dazu, dass einige von ihnen lächeln, sich einer einem anderen zuwendet.

Ähnliches gilt für die Aufnahme eines Musikzuges, dem ein Angehöriger der SS voranschreitet (Abb. 7). In diesem Bild ist weniger Interaktion zwischen Fotograf und Fotografierten sichtbar, dafür ist die Formation noch mehr in Unordnung. Der Gleichschritt wird zwar gehalten, Blicke und Gesten gehen ansonsten jedoch kreuz und quer. Es ist möglich, dass der Musikzug erst auf dem Weg zum tatsächlichen Umzug war und seine Choreografie daher noch lose ausfällt. Bemerkenswert bleibt trotzdem, dass dieser Moment dem Fotografen beziehungsweise der Fotografin ein Bild wert war. Nicht ein Marsch wird hier ins Bild gesetzt, sondern ein Umzug. Er scheint dem Volksfestcharakter der Grundsteinlegung zu entsprechen, der auch in anderen Bildern aufscheint, in denen sich beispielsweise die Bewohnerinnen und Bewohner der Kleinstadt um die Würstchenbude drängen und sich Uniformträger mit Zivilisten mischen (Abb. 8).

Alexander Kraus: Wie routiniert zeigen sich denn die auf den Fotografien festgehaltenen Personen? Auf den Aufnahmen, die die Vorbereitungen und einzelnen Akte der Grundsteinlegung propagandistisch dokumentieren sollten, sind ja zahlreiche Akteure festgehalten, die gewissermaßen eine Rolle zu spielen hatten.

Linda Marie Conze: NS-Massenveranstaltungen und -festakte waren weithin darauf angelegt, fotografiert oder gefilmt zu werden; Architektur und Ablauf richteten sich danach, dass sich das

Geschehen in ein wirkmächtiges Bild gießen ließ. Das Bild eines unbekannt professionellen Fotografen, das die Ehrentribüne zeigt, verdeutlicht dies. Die Anwesenden halten sich an die ihnen zugewiesenen Rollen, füllen sie körperlich aus; die HJ im Hintergrund steht in Reih und Glied. Szene und Fotografiemoment sind hier jedoch auch von langer Hand geplant. Andere Bilder aus der Sammlung Denecke erzählen dagegen von Unordnung. Die oben beschriebenen Wehrmachtssoldaten zum Beispiel, die sich mit den Girlanden schmücken, fallen absichtlich aus der Rolle, sie interagieren mit dem Fotografen, der ihr Tun schon eine Weile begleitet, das zeigt die gesamte Bildserie. Das Lächeln der SA-Männer von Abbildung 6 mag ein Reflex auf die Anwesenheit der Kamera gewesen sein, deren Anwesenheit auf Straßen und Plätzen 1938 keine vollkommene Seltenheit mehr war. Seit den 1920er Jahren hatten nach und nach immer mehr Laien zu fotografieren begonnen. Im Jahr 1930 hatte Agfa die erste Kompaktkamera für den deutschen Massenmarkt eingeführt, die Agfa Box, für deren Bedienung es keiner besonderen Vorkenntnisse mehr bedurfte. Dennoch gilt es sich zu vergegenwärtigen, dass auch in den 1930er Jahren das Fotografieren nach wie vor teuer war und bei weitem nicht jeder und jede selbst die Möglichkeit hatte, Bilder zu machen. Nicht umsonst hatten viele der lokalen Fotochronisten das Monopol auf die Bildproduktion ganzer Ortschaften, ließen sich für Hochzeiten und Taufen engagieren und versorgten Bewohnerinnen und Bewohner mit bildlichen Erinnerungen an außergewöhnliche Ereignisse vor Ort. Eine Kamera konnten sich gerade in der Provinz noch nicht viele Menschen leisten. Entsprechend schlagen sich Einübungsprozesse in vielen der Bilder nieder. So zum Beispiel auf einem Foto, das im Rahmen des lokalen Festaktes aufgenommen wurde, der jenseits der großen Bühne am Tag der Grundsteinlegung in Fallersleben stattfand (Abb. 9).

Mitglieder des *Bund Deutscher Mädel* haben sich von ihren Stühlen erhoben und stehen Spalier, um einen Ehrengast zu empfangen. Ihre Hände haben sie zum Hitlergruß gehoben. Die Belichtung des Bildes setzt eben diese Hände und Arme in Szene und nicht jenen Mann, der durch den Gang schreitet. Er ist in den Hintergrund des Bildes verbannt, bleibt unscharf, weil nicht im Fokus der Kamera. Deutlicher erkennbar sind dagegen die Gesichter zweier Mädchen am

rechten Bildrand, die verstohlen in die Kamera blicken. Offenbar vermochten sie die Anwesenheit von Fotograf und Apparat nicht auszublenden und sich auf das Objekt der Inszenierung zu konzentrieren. Das Bild transportiert eine Ungelenkigkeit auf beiden Seiten der Kamera. Gerade in einer Zeit, in der sie schon äußerst verbreitet ist, aber noch keine vollkommene Gewöhnung an sie stattgefunden hat, vermag die Kamera auch abzulenken, die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Gegenstand der Inszenierung abzuziehen.

Alexander Kraus: Dem Historiker Werner Freitag zufolge, der eine umfangreiche Studie zu NS-Festritualen in Nordrhein-Westfalen vorgelegt hat, handle es sich bei diesen Festakten weniger um eine „NS-spezifische Instrumentalisierung“ denn um „kulturelle Ausdrucksformen lokaler Gesellschaften, sich der Herrschaft Hitlers zu vergewissern und sie zu bejahen.“⁵ Fügen sich die Bilder aus der Sammlung Denecke in diese These?

Linda Marie Conze: Der Aussage Werner Freitags ist insofern zuzustimmen, als dass sie den Fokus der Bildbetrachtung in Richtung von Aneignungsprozessen verschiebt, die sich in der Sammlung Denecke gut nachvollziehen lassen. Wenn Mommsen und Grieger davon schreiben, dass der Tag von der örtlichen Bevölkerung als erfreuliche Unterbrechung ihres vergleichsweise eintönigen Alltags empfunden worden sei, ermöglichen die Fotos eine Annäherung daran, was das genau bedeutet haben mag.⁶ Doch sind die Bilder eben nicht einfach Fenster zu alltäglicher Praxis. Sie erzählen vor allem etwas über die Anwendung und Wirkmacht des Mediums selbst. Anhand von Fotografien wie denjenigen aus der Sammlung Denecke lässt sich in meinen Augen besonders gut untersuchen, wie Fotografie in Mobilisierungsprozessen wirkt. Der Festakt zur Grundsteinlegung war als Akt der Mobilisierung angelegt, als symbolischer Auftakt zur Volksmotorisierung, in der sich das egalisierende Versprechen der NS-Volksgemeinschaft verdichtete. Die Forschung interpretiert den Festakt heute als Machtdemonstration der *Deutschen Arbeitsfront* sowie als Symbol der völkischen Sozialpolitik der Nationalsozialisten, die nie – auch nicht innerhalb ihrer rassistisch definierten Grenzen – eingelöst wurde. Fraglos zielte die Wirkung der Veranstaltung weit über die Grenzen Fallerslebens hinaus, nicht umsonst begann bereits im Vorfeld eine groß angelegte Berichterstattung über das zu erwartende Spektakel.

Die Fotografien aus der Sammlung Denecke, sowohl die der professionellen, staatlich beauftragten Fotografen als auch die des oder der lokalen Bildchronisten taten mehr als das Ritual abzubilden und seine gewünschte Wirkung einzufangen. Die Sammlung ist deshalb für Historikerinnen und Historiker so spannend, weil sich in den Fotos ganz unterschiedliche nachträgliche Erzählungen des Tags andeuten. Einige der Bilder erzählen den Tag im Sinne des Regimes, andere lassen erahnen, wie sich die Bewohnerinnen und Bewohner Fallerslebens an den Tag erinnern wollten. Fotografien können sich in Erzählungen von unterschiedlichen Kollektiven wie auch Individuen einreihen und diese Erzählungen gestalten. Sie spielten gerade in den 1920er und 1930er Jahren eine wichtige Rolle für die Positionsfindung des Einzelnen im Kollektiv, das heißt in der Anpassung an politische Erwartungshaltungen zwischen Kontinuitätsbedürfnis und Veränderungswillen.

Linda Marie Conze promoviert an der Humboldt-Universität Berlin im Rahmen des DFG-Forschungsprojekts „Fotografie im Nationalsozialismus. Alltägliche Visualisierung von Vergemeinschaftungs- und Ausgrenzungspraktiken 1933–1945“. Als Stipendiatin der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung im Programm „Museumskuratoren für Fotografie“ war sie zwischen 2015 und 2017 am Museum Folkwang, dem Dresdner Kupferstich-Kabinett, dem Münchner Stadtmuseum und dem Getty Research Institute in Los Angeles kuratorisch tätig.

1 Linda Conze, „Die Ordnung des Festes/ die Ordnung des Bildes. Fotografische Blicke auf Festumzüge in Schwaben (1926–1934)“, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Jg. 12 (2015), S. 210–235, hier S. 214.

2 Matthias Warstat, *Theatrale Gemeinschaften. Zur Festkultur der Arbeiterbewegung, 1918–33*. Tübingen 2005.

3 Manfred Grieger, „Die Grundsteinlegung des Volkswagen-Werks als NS-Inszenierung“, in: Ralf Beil (Hg.), *Wolfsburg Unlimited. Eine Stadt als Weltlabor*. Ostfildern 2016, S. 70f.

4 Sandra Starke/Linda Conze, „Die visuelle Chronik einer Kleinstadt. Fotografien zwischen Öffentlichkeit und Privatheit“, in: Thomas Medicus (Hg.), *Verhängnisvoller Wandel. Ansichten aus der Provinz 1933–1949: Die Fotosammlung Biella*. Hamburg 2016, S. 65–97.

5 Werner Freitag, „Der Führermythos im Fest. Festfeuerwerk, NS-Liturgie, Dissens und ‚100% KdF-Stimmung‘“, in: ders. (Hg.), *Das Dritte Reich im Fest. Führermythos, Feierlaune und Verweigerung in Westfalen 1933–1945*. Bielefeld 1997, S. 11–77, hier S. 17.

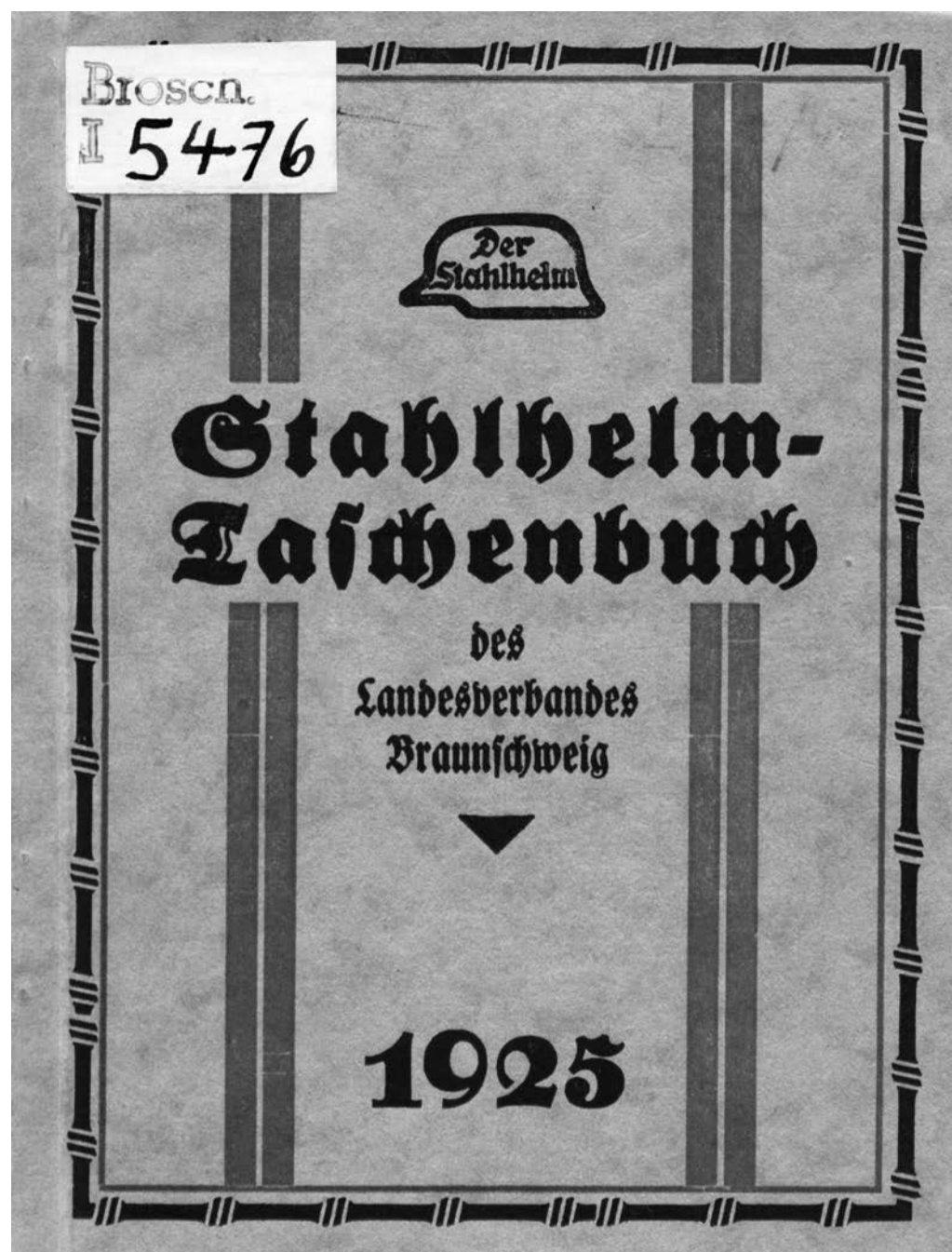
6 Hans Mommsen/Manfred Grieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*. Düsseldorf 1996.

Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten. Am 25. Dezember 1918 von Franz Seldte in Magdeburg gegründet, zählte der Verband zu den bedeutendsten und einflussreichsten paramilitärischen Vereinigungen, die sich infolge der Novemberrevolution und dem Niedergang des Deutschen Kaiserreichs herausbildeten.¹ Sowohl Bildsprache als auch Rhetorik der Verbandspublikationen lassen keinen Zweifel an seinen ideologischen Grundsätzen aufkommen: So zeigt die *Stahlhelm-Fibel* anhand von Karikaturen, Gedichten und Texten auf, dass die Vermittlung nationalistischer und militaristischer Werte zum Kern der Vereinsarbeit zählten. Anfeindungen gegenüber der politischen Akteure der Novemberrevolution, insbesondere der *Kommunistischen Partei Deutschlands* oder demokratischen Kreisen und vermeintlichen „Defätisten“, veranschaulichten zusätzlich den revanchistischen und revisionistischen Charakter des *Stahlhelms*. Als rechts-konservativ ausgerichteter Militaristenbund verfocht der *Bund der Frontsoldaten* demnach ein radikal reaktionäres Geschichtsbild.

Von der Kreisgruppe Helmstedt ausgehend und zum Landesverband Braunschweig gehörend² bildete sich auch in Vorsfelde am 4. November 1923 im „Oehlmannschen Gasthause“ eine Ortsgruppe des *Stahlhelms*.³ Da der überwiegende Teil der bürgerlichen Mittelschicht in agrarisch geprägten Regionen auch nach Ausrufung der Weimarer Republik den etablierten national-konservativen Strukturen verhaftet blieb,⁴ ist es wenig verwunderlich, dass der Vorsfelder *Bote* bereits wenige Tage nach der Gründung der Ortsgruppe einen regen Zulauf vermeldete.⁵ Aufgrund seiner erklärten Volksnähe und der ausgedehnten Berichterstattung über alle den *Stahlhelm* betreffenden Angelegenheiten avancierte das Regionalblatt umgehend zum örtlichen Sprachrohr des republikfeindlichen Vereins. Detaillierte Veranstaltungsbeschreibungen und fortwährende Verweise auf die Verbandsarbeit unterstützten die Verbreitung des durch den *Stahlhelm* propagierten nationalistischen Geschichtsbilds im Raum Vorsfelde.⁶ Da die in unmittelbarer Nachbarschaft in Fallersleben und Schloss Wolfsburg mitsamt Heßlingen sowie Rothenhof-Rothenfelde entstandenen Ortsgruppen eng miteinander kooperierten, werden sie im Folgenden immer wieder Berücksichtigung finden, um das vermittelte Geschichtsbild in möglichst vielfältigen Facetten analysieren zu können. Denn wenn auch in den letzten beiden Jahrzehnten verschiedene Studien zum *Stahlhelm*⁷ und zahlreiche Untersuchungen zum Aufstieg des *Bunds der Frontsoldaten* in die nationalsozialistische *Sturmabteilung* (SA) erschienen sind,⁸ so ist eine Betrachtung des Geschichtsbilds bisher ausgeblieben. Für das Grundverständnis des Wehrbands ist es unabhängig von rekonstruieren, wie der *Stahlhelm* sein militaristisches Geschichtsbild auf lokaler Ebene popularisierte.

Worin aber äußerte sich ebendieses Bild? Mit der Bewertung des Ausgangs des Ersten Weltkrieges, des Versailler Vertrags und der kolportierten *Dolchstoß-Legende* aus Sicht des *Bunds der Frontsoldaten* werden solche Themen zentral gestellt, die für die politische Spaltung der Weimarer Republik mitverantwortlich waren. Zusätzlich wird hierbei die Position des Vereins in Bezug auf die imperialistische Politik im Kaiserreich untersucht.

War der *Stahlhelm* ursprünglich eine überparteiliche Organisation,⁹ so rückte er in den mittleren 1920er Jahren im-



Cover des Stahlhelm-Taschenbuchs für das Jahr 1925, in: Landesverband Braunschweig des Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten (Hg.), *Stahlhelm-Taschenbuch*. Braunschweig 1924.

Der Stahlhelm um Schloss Wolfsburg und dessen Geschichtsbild in der Weimarer Republik

VON MAIK ULLMANN

mer dichter an die rechts-konservativen Parteien wie etwa die *Deutschnationale Volkspartei* (DNVP) und die *Deutsche Volkspartei* (DVP) heran.¹⁰ Gleiches ist auch für Vorsfelde nachweisbar.¹¹ In diesem Kontext wird der betriebene Personenkult um adlige deutsche Kriegsteilnehmer und Politiker erörtert, da sich hieran das Verbleiben des *Stahlhelms* in teils monarchistischen Denkmustern, vor allem aber die Hochschätzung des preußischen Militarismus zeigt. Hierbei werden neben dem späteren Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und dem „Seeteufel“ Felix von Luckner auch der frühere Gutsherr von Schloss Wolfsburg, Werner von der Schulenburg, in Relation zueinander und zum *Stahlhelm* gesetzt. Hinsichtlich seiner Legitimation und der Schaffung von Identitätsbezügen spielten deutsche Persönlichkeiten, vornehmlich adelige Offiziere, eine zentrale Rolle im Geschichtsbild der Vereinigung. Die in der Forschungsliteratur konstatierte zunehmende antisemitische Haltung des *Stahlhelms* konnte anhand der für diese Arbeit erschlossenen Quellen nicht nachgewiesen werden.¹²

Über die Rezeption des Endes des Ersten Weltkrieges und des Versailler Vertrags

„Ihr wollt mir mein Vaterland nehmen? Ihr wollt mir meinen Krieg versauen? Ich werde euch Drachenzähne säen!“¹³ Mit diesen Worten soll der spätere *Stahl-*

helm-Bundesführer Franz Seldte am Abend des 9. Novembers 1918 auf die Ausrufung der Weimarer Republik reagiert haben. Tatsächlich geht das Zitat, wie dem *Lexikon nationalsozialistischer Dichter* zu entnehmen ist,¹⁴ auf eine Roman-Trilogie zurück, die der frühere Reserveoffizier in den späten Jahren der Zwischenkriegszeit selbst publizierte. Gleich ob nun Selbstaussage oder Zitat, so verdichtet sich in diesen Worten der ideologische Kern des Vereins; sie sind exemplarisch für dessen Geschichtsbild. „Im Felde unbesiegt“, so propagierte die *Oberste Heeresleitung*, seien die deutschen Truppen aus dem Ersten Weltkrieg geschieden. Auf verschiedenen Kriegsmythen aufbauend, sollte sich das Bild der deutschen Soldaten als Opfer der vermeintlich verräterischen Demokraten rasant in rechts-konservativen Kreisen etablieren. Hierzu diente zum einen die Mär vom sogenannten „Dolchstoß“: Ähnlich wie Siegfried, der Held des *Nibelungenlieds*, der mit Hilfe einer List durch Hagen von Tronje hinterrücks ermordet wurde, sei es auch dem deutschen Heer und der national gesonnenen Bevölkerung des Kaiserreichs ergangen. Das Gefühl, von Sozialdemokraten, Anhängern sozialistischer Strömungen und revolutionären Kräften verraten worden zu sein, ließ die konservativen Vereinigungen der jungen Weimarer Republik auf Konfrontationskurs gegenüber der demokratischen Verfassung des Landes gehen. Bereits das Bekenntnis des *Stahl-*

helms zu den Farben des Kaiserreichs¹⁵ wie auch der erste Paragraph seiner Bundesatzung zur „Pflege deutsch-vaterländischer Gesinnung“¹⁶ verdeutlichen die reaktionäre Position des Vereins. Dass er mit dieser Stoßrichtung offene Türen einrannte, belegen die stetig wachsenden Mitgliederzahlen des *Bunds der Frontsoldaten*. Im Herbst 1925, keine zwei Jahre nach seiner Gründung, hatte sich die Mitgliederzahl des *Vorsfelder Stahlhelms* schon mehr als verdoppelt.¹⁷ Zurückzuführen ist dies, neben dem in Teilen der Bevölkerung verbreiteten Unmut über den verlorenen Krieg, sicherlich auch auf die wirtschaftliche Misere, die vielerorts verheerende Folgen herbeiführte.¹⁸ So auch in Vorsfelde: Die Stärkefabrik musste aufgrund von Versorgungsengpässen schließen, die Flockenfabrik geriet in finanzielle Nöte, die Eröffnung der neu gegründeten Konservenfabrik verzögerte sich.¹⁹ Die anhaltende und für den einfachen Bürger kaum fassbare Inflation befeuerte das Unverständnis gegenüber dem neuen Staat zusätzlich.²⁰ Berichte über vagabundierende „Obdachlose“²¹ und ein damit verbundener scheinbarer Anstieg der Unsicherheit auf den Straßen als Resultat der andauernden Rezession verhalfen dem *Stahlhelm* letztlich zu einer Position der Stärke, aus der heraus er auf den Straßen Vorsfeldes in Abstimmung mit der Gemeindevertretung wieder „für Ruhe und Ordnung“ sorgen wollte.²²

Die Wurzel allen Übels lag aus Sicht der nationalistischen Vereinigung im Friedensvertrag von Versailles. Da viele Deutsche der Erzählung von den im Felde unbesiegt kaiserlichen Truppen Glauben schenkten, saß der Schock umso tiefer, als die Alliierten schließlich die Inhalte des Vertrags verkündeten.²³ Ebendiesem Umstand wusste der *Stahlhelm* für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Wie Auszüge aus der Braunschweiger *Stahlhelm-Fibel* zeigen, war es insbesondere der Paragraph 231 des Vertrags, an dem sich die Wut des *Stahlhelms* entzündete: „Versailles. Kriegsschuldflüge §231“²⁴ lautete beispielsweise die Überschrift einer von Heinz Wever gezeichneten Karikatur. Sie zeigt einen kahlköpfigen, in Ketten gelegten Mann, der mit schmerzverzerrtem Gesicht dabei zusieht, wie ihm ein Geier bei lebendigem Leibe die Gedärme entreißt. Um seine Lenden gewickelt trägt er eine ramponierte Fahne, bei der es sich wahrscheinlich um die kaiserliche schwarz-weiß-rote Fahne handelt.

Sah sich die wilhelminische Gesellschaft vor Kriegsausbruch im August 1914 noch als die fortschrittlichste aller europäischen Nationen, so findet sich diese verklärte Selbstwahrnehmung auch in der Karikatur Wevers wieder. Denn offenbar besaß der Karikaturist einen begründeten Hang zum Humanismus: Wie sich am Beispiel Fallerslebens zeigt, bestand der Kern des *Stahlhelms* zumindest anfänglich aus den Honoratioren und Akademikern des Ortes. Unter den Gründungsmitgliedern befanden sich neben einigen Lehrern und Kaufleuten auch ein Rechtsanwalt und der Direktor der örtlichen Zuckerfabrik.²⁵ Das deutsche Volk, personifiziert durch den mythischen Heilsbringer *Prometheus*, ist aufgrund der Vertragsbedingungen und ihrer Folgen den Bestimmungen von Versailles machtlos ausgesetzt. Entsprechend nahmen die *Frontsoldaten* eine Opferrolle ein. Der vermeintliche Erlöser Europas wandelte sich zu dessen Knecht und Prügelknaben.

Auf dieser Grundlage formulierte die *Stahlhelm*-Bundesführung eines ihrer übergeordneten Ziele: Deutschland „von

den Fesseln des Versaillers Diktats und den Lasten, die unserem Vaterlande durch den unglückseligen Ausgang des Krieges auferlegt [worden] sind“ zu befreien.²⁶ Diesem allgemeinen Tenor folgte nun auch die Ortsgruppe Vorsfelde. Wie *Der Bote* am 22. Juni 1927 berichtete, veranstaltete der *Stahlhelm* am Tag zuvor im Vorsfelder Schützenhaus einen „Deutschen Abend“, der dem *Boten* zufolge „außerordentlich gut besucht“ war.²⁷ Eingeleitet vom militaristischen *Hohenfriedberger Marsch* lud der Ortsgruppenleiter Wilhelm Wienroth²⁸ zur Feier des Abends den Sistedter Pastor Mertens als Gastredner ein, der sich als brennender Nationalist präsentierte: „Es sei die Beseitigung des Friedensvertrages von Versailles zu erstreben“, paraphrasierte *Der Bote* die Rede Mertens. Weiterhin müsse „das Kainszeichen von der Kriegsschuldflüge, das dem deutschen Volke aufgedrückt sei, ausgelöscht werde[n].“ In seinen umfassenden Ausführungen entwarf der Redner nun „anhand geschichtlichen Tatsachenmaterials [...] mit harten Strichen ein Bild, das die Schuldlosigkeit Deutschlands an dem furchtbaren Kriegsgeschehen ergab“. Hierin manifestiert sich schließlich das zugleich revanchistische und revisionistische Geschichtsbild des *Stahlhelms*: Fußend auf dem Verlust der deutschen Großmachtstellung innerhalb Europas – eine der maßgeblichen Folgen des Friedensvertrags von Versailles – argumentierte der national-konservative Verein aus der Opferperspektive heraus und streute damit seine reaktionäre Weltanschauung und Ideologie innerhalb der Bevölkerung.²⁹ In ebendiese Argumentation fügte sich die Haltung des *Stahlhelms* hinsichtlich der Wahrnehmung der verlorenen deutschen Kolonien ein.

Ein Vortrag über die „schönen, blühenden Kolonien“ des deutschen Kaiserreichs

Kolonialbesitz als Ausdruck des Weltmachtanspruchs:³⁰ War das Deutsche Kaiserreich im Vergleich zu England und Frankreich mit seinen Kolonisierungsbestrebungen in Teilen Afrikas und Ozeaniens ohnehin „in Verzug geraten“, so erschütterte der Verlust der okkupierten Gebiete die konservative deutsche Zwischenkriegsgesellschaft nur um so mehr. Auch die Mitglieder des Vorsfelder *Stahlhelms* beklagten deren Verlust.

Im Zuge einer Vereinsversammlung lud die Ortsgruppe den ehemaligen Förster Brandenburg aus dem wenige Kilometer entfernten Velpke als Gastredner ein. Dieser blickte auf eine zehnjährige Beamten-tätigkeit in „Deutsch-Ostafrika“ zurück und sollte am Abend des 21. Novembers 1925 einen Vortrag über seine Erlebnisse in den Kolonien halten.³¹ Dem *Stahlhelm* und seiner Rhetorik stand er hierbei in seiner Redeweise kaum nach: „In dem Friedensvertrage von Versailles hat man uns unserer Kolonien beraubt“, begann er laut dem *Boten* seinen beinahe dreistündigen Vortrag.³² Hieran zeigt sich abermals die revisionistische Attitüde der einstigen Frontkämpfer. Das Feindbild des Vertrags von Versailles hatte sich eingebraunt. Welche Ausmaße das Geschichtsbild annahm, wurde im Laufe seines Vortrags deutlich, als Brandenburg von den „schönen, blühenden Kolonien“ und deren enormer Wichtigkeit für die deutsche Wirtschaft sprach. Denn war auch die Kolonisierung von Gebieten außerhalb der Reichsgrenzen für das nationale Prestige von erheblicher Bedeutung, so waren die kolonialen Besitzungen aus wirtschaftlicher Sicht für das Kaiserreich faktisch eher zu ver-

nachlässigen.³³ Auch hierin zeigt sich die Sehnsucht des *Stahlhelms* und seiner Anhänger nach den vergangenen feudalen Strukturen, als das Reich noch zu den europäischen Großmächten zählte.

Militarismus und „Vaterlandstreue“: Personenkult um Hindenburg und Graf Luckner

Eine Reminiszenz an das glorifizierte Deutsche Kaiserreich: „Zu einer Weihstunde nationalen Empfindens gestaltete sich der vom hiesigen *Stahlhelm* am letzten Freitag, den 18. Januar [1924], anlässlich der Reichsgründungsfeier im Oehlmann'schen Saale veranstaltete Deutsche Abend.“³⁴ Versuchte die demokratische Regierung der Weimarer Republik auch sich deutlich vom Kaiserreich abzugrenzen, so beriefen sich national-konservative Parteien und Vereine in großer Zahl auf die im Deutsch-Französischen Krieg erfolgte Reichsgründung im Jahr 1871.³⁵ Ebenso tat dies auch der Vorsfelder *Bund der Frontsoldaten*, der sich „den Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes“ im Stile des „Reichskanzlers Fürsten Bismarck“ zum Ziel gesetzt hatte.³⁶ Wie zahlreiche Postkarten aus den 1920er Jahren zeigen,³⁷ entwickelte sich um den „Eisernen Kanzler“ ein Personenkult, der die reaktionäre Weltanschauung des Vereins, dessen Rückbesinnung auf die Tugenden und Werte des Kaiserreichs und sein Bestreben, „Deutschland wieder erstarken“ zu lassen, offen darlegt.³⁸

Der als Antwort auf die im Versailler Vertrag festgehaltene Limitierung der Reichswehr auf 100.000 Soldaten gegründete paramilitärische Verband³⁹ betrieb neben der Verehrung Bismarcks vor allem einen Kult um adlige Offiziere, die dem Kaiserreich im Ersten Weltkrieg gedient hatten. Als zentral gilt hierbei Paul von Hindenburg. Wurde dieser schon in den frühen Kriegsmonaten nach dem Sieg im ostpreußischen Tannenberg Anfang September 1914 zum nationalen Helden stilisiert,⁴⁰ sollte sich das volle Ausmaß der Verehrung seiner Person erst zu Beginn des Jahres 1925 zeigen. Als parteiunabhängiger Kandidat von der DNVP und der DVP zur Reichspräsidentenwahl im April desselben Jahres aufgestellt, trug der einstige kaiserliche Generalfeldmarschall aufgrund seiner Persönlichkeit und seines Auftretens als vermeintlicher „Retter der Nation“ den Sieg gegenüber dem Zentrums-Politiker Wilhelm Marx davon.⁴¹ Da es eines der übergeordneten Ziele des *Stahlhelms* war, eine parteiunabhängige Staatsgewalt zu etablieren,⁴² so scheint es nur selbstverständlich, dass auch der Vorsfelder *Stahlhelm* die Ansicht vertrat, der Kriegsheld Hindenburg könne als Symbol der deutschen Einigkeit Deutschland zu altem Glanz verhelfen.⁴³ Wie *Der Bote* am 30. April berichtete, bewarb der örtliche *Stahlhelm* die Kandidatur Hindenburgs „in Hülle und Fülle“⁴⁴ mit Flugblättern und Plakaten, sodass am Ende 612 der insgesamt 877 Wähler für den „Reichsblock“-Kandidaten stimmten. Der enorme Zuspruch für Hindenburg und die darin zum Ausdruck kommende rechts-konservative Gesinnung des Orts⁴⁵ manifestierte sich letztlich auch auf dem im Juni 1925 eingeweihten Vorsfelder Ehrenmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges, auf dem mit der Inschrift „Treue ist das Mark der Ehre“ der Wahlspruch des neuen Reichspräsidenten verewigt war.⁴⁶ Eine Verbindung zwischen dem *Bund der Frontsoldaten* um Schloss Wolfsburg und Hindenburg entstand bereits ein Jahr zuvor, als der „Held von Tannenberg“



Die Spitze des verbotenen Umzuges Himmelfahrt 1924 in Vorsfelde

Stahlhelmumzug in Vorsfelde an Himmelfahrt 1924, in: O. Lippelt/E. Huckstorf (Hg.), Fünfzehn Jahre Stahlhelm in Niedersachsen. Lüchow 1936, S. 25. Ob der Umzug tatsächlich „verboten“ wurde, kann nicht mehr nachvollzogen werden. *Der Bote* vom 3. Juni 1924 berichtet beispielsweise von einem „guten Verlauf der Feier“.

anlässlich der Fahnenweihe der *Stahlhelm*-Ortsgruppe Heßlingen auf Schloss Wolfsburg beim Grafen Werner von der Schulenburg gastierte: „Während eines am Montag abend in der Wolfsburg stattgehabten Essens richtete der Bundesvorsitzende des *Stahlhelms* [Franz] Seldte die Anfrage an Exzellenz von Hindenburg, ob er zur Annahme des Ehrenvorsitzes vom *Stahlhelm*-Bunde bereit sei. Der Generalfeldmarschall bejahte, woraufhin ihm im Auftrage des Bundesvorstandes ein *Stahlhelm*-abzeichen im Etui überreicht wurde.“⁴⁷

Der Ehrenvorsitzende Hindenburg, die sagenumwobene Personifikation des deutschen Wesens, der die durch den *Stahlhelm* so schmerzlich vermissten Tugenden vorzuleben schien,⁴⁸ fungierte demnach als beinahe märchenhafter Repräsentant und Vertreter der nationalistischen Vereinigung.

Wie sich bald zeigen sollte, blieb dies nicht der letzte Besuch Hindenburgs in der preußischen Exklave:⁴⁹ Nur drei Monate später fand er sich anlässlich der Beisetzungsfest der Grafen Werner von der Schulenburg nebst einer großen Anzahl an Vertretern des altmärkischen Adels erneut auf dem Gutshof ein, um „seine[n] ihm nahestehenden Freunde und alten Kriegskameraden zu seiner letzten Ruhe zu begleiten.“⁵⁰ Da der lokale *Stahlhelm* die Totenwache abhielt, ist eine Verbindung zwischen dem Grafen und dem Verband nachgewiesen.⁵¹ Zum preußischen Adel gehörend, als „treudeutscher“ *Ritter des Eisernen Kreuzes* I. und II. Klasse, der im Ersten Weltkrieg dem Kaiser diente, zählte der Graf aus Sicht der *Frontsoldaten*, ähnlich wie auch der Generalfeldmarschall, zur Schar der treuen und pflichtbewussten Verteidiger ihres geknechteten Vaterlands. Dementsprechend fanden sich auch der Heßlinger sowie der Vorsfelder *Stahlhelm* geschlossen zur Beisetzung des Gutsherren auf den Ländereien von Schloss Wolfsburg ein.

Wurde den Feldgrauen während der Trauerfeier demnach eine besondere Rolle zu Teil, so standen die Feierlichkeiten ganz im Zeichen des Militarismus: Während der Sarg auf den Leichenwagen getragen wurde und zum Abschiedsgruß die Kapelle des 13. Reiter-Regiments spielte, führte das Regimentskommando eine Manöverübung zu Ehren des Grafen durch, die mit dem Abfeuern von Ehrensälvn endete. Dafür verantwortlich zeichneten sich „ehemalige Königs-Ulanen“ und demnach Angehörige des im frühen 19. Jahrhundert gegründeten preußisch königlichen Ulanen-Regiments Nr. 13 mit Sitz in Hannover.

Hiermit sollte auf die lange Tradition des Reiterstabs verwiesen und gleichzeitig die Verbindung des Grafen zum preußischen Militärwesen aufgezeigt werden. Reaktionismus und Missbilligung der erfolgten Demobilisierung fanden hierin ihren Ausdruck. Ebendiese Attribute sollte ein Gast des Vorsfelder *Stahlhelms* in meisterhafter Art und Weise repräsentieren:

„Graf Luckner kommt“,⁵² titelte *Der Bote* im Mai 1924. Der als „Seeteufel“ verehrte Felix Graf von Luckner sollte dieser Tage dem Ruf des *Stahlhelms* nach Vorsfelde folgen, um in den Räumen des ausverkauften Schützenhauses über seine Erlebnisse im Ersten Weltkrieg zu referieren. Infolge seiner Tätigkeit als Kommandant auf der „Seiner Majestät Hilfskreuzer Seeadler“, der unter falscher norwegischer Flagge segelnd die britische Seeblockade überwand und zahlreiche Schiffe der feindlichen Entente versenkte,⁵³ stieg der Graf innerhalb der deutschen Bevölkerung zum Kriegshelden auf. Besonders in *Stahlhelm*-Kreisen sorgte seine „Piratenfahrt“ offenbar für Aufsehen: So heißt es im *Stahlhelm-Taschenbuch*, der Graf wäre neben weiteren honorierten deutschen Kriegsteilnehmern wie etwa dem General Paul von Lettow-Vorbeck in Braunschweig mit der Ehrenmitgliedschaft ausgezeichnet worden.⁵⁴ Der entstandene Mythos um die Person Luckners hallte bereits in einer Ankündigung zu seinem Vortrag wieder: „Vom einfachen Schiffsjungen zum Kommandanten“, so skizziert *Der Bote* seine Biografie in knappen Worten. Jeder Gefahr trotzend und bereit „dem Vaterland alles zu geben“, wird der Graf von der Presse zum „tollkühnen Seehelden“ stilisiert, der ganz im Sinne der *Frontsoldaten* mit seinen Erzählungen den mythisch überhöhten Frontgeist am Leben erhält.

Zählte die Befreiung Deutschlands von „undeutschen Mächten“ zu den zentralen Zielen des *Stahlhelms*,⁵⁵ so teilte auch Luckner dieses Streben und sah es als seine Pflicht, sein Leben dem „Wiederaufbau des deutschen Vaterlands“ zu widmen.⁵⁶ Um seinen Standpunkt zu veranschaulichen, zog er hierfür einen Vergleich heran, der kaum stärker von republikfeindlichem Geiste hätte getragen sein können: Er habe erst „am Krankenbette“ seiner Mutter erkannt, „wie lieb er [sie]“ habe. Und wie seine Mutter sei nun auch das „liebe Vaterland [...] jetzt krank und jeder müsse mitwirken das Wrack wieder zu Glanz und Blüte“ zu führen.⁵⁷ Auch Graf Luckner sah sich – dem *Stahlhelm* ähnlich – als Verteidiger des „Vaterlands“ und Kämpfer *Fortsetzung auf Seite 7*



Karikatur über die „Kriegsschuldlüge §231“ von Heinz Wever, in: Propaganda-Abteilung des Stahlhelm-Bundesamtes Berlin (Hg.), Die Stahlhelm-Fibel. Berlin 1932.

Fortsetzung von Seite 5 gegen die verhasste Weimarer Verfassung, die Deutschland erst habe „erkranken“ lassen.

Im Zuge der Einladung des *Stahlhelms* nach Vorsfelde zu einer lokalen Berühmtheit emporgestiegen, sollte Felix Graf Luckner im Sommer 1926 erneut für Aufsehen sorgen, stand doch seine „Weltumseglung“ kurz bevor.⁵⁸ Am 19. September desselben Jahres stach der „Seeteufel“ im Bremer Hohentorshafen auf der „Vaterland“ in See. Von besonderem Interesse ist dabei die vorab durchgeführte Probefahrt mit den Zielen Danzig und Königsberg. Denn die historische Hansestadt war infolge des Versailler Vertrags zu einer „Freien Stadt“ erklärt worden; in Luckners propagandistischer Reise dorthin fand jedoch der in rechten Kreisen etablierte Revisionismus unverhohlenen seinen Ausdruck.

Es war Luckners Absicht, eine von der deutschen *Universal Film AG* dokumentierte „Propaganda-Weltreise“ mit dem erklärten Ziel zu unternehmen,⁵⁹ das durch die vermeintliche „Kriegsschuld-lüge“ missgünstig behandelte Deutschland international wieder zu Ansehen kommen zu lassen.⁶⁰ Angeheuert hatten unter anderem der oben genannte Karikaturist Heinz Wever, der Künstler und Nationalsozialist Arnold Waldschmidt und darüber hinaus „[seine] Exzellenz [Erich] Schulz-Ewerth, der frühere Gouverneur von Samoa“. Luckner versammelte demnach sowohl Künstler als auch einen ehemaligen kaiserlichen Kolonialbeamten um sich, die ebenso nationalistisch gesonnen waren und folglich in seinen Augen das „wahre Deutschtum“ außerhalb der Landesgrenzen zu repräsentieren wussten.⁶¹ Zudem befand sich mit Fritz Stahl ein früherer Kamerad des Grafen auf der „Vaterland“, der mit ihm gemeinsam auf der „Kronprinz“ die Schlacht bei Skagerrak gefochten hatte. Verspottete das rechts-konservative Milieu der Weimarer Republik die deutsche Marine mehr, als dass es diese verehrte, so zählte es jene Schlacht in den Gewässern der Nordsee zu den wenigen beispielhaften Leistungen der deutschen maritimen Kriegsführung im Ersten Weltkrieg.⁶² Somit verwies *Der Bote* erneut auf Luckners „heldenhaften“ Einsatz für das deutsche Vaterland. Der in der lokalen Berichterstattung dokumentierte Kult um die Person des „Seeteufels“ steht sinnbildlich für den damit verbundenen nationalistisch-militaristischen Zeitgeist, der für das Verständnis des *Stahlhelm*-Geschichtsbilds maßgeblich ist.

Geschichtskonstruktionen des Stahlhelms und Desiderate der Forschung

Um sich und seinem Geschichtsbild ein Gesicht zu verleihen, schmückte sich der *Bund der Frontsoldaten* fortan mit prominenten Gestalten, die innerhalb der deutschen Bevölkerung aus den vergangenen Zeiten des Kaiserreichs und dem Ersten Weltkrieg bekannt waren. Als vermeintliche Symbole einstiger deutscher Größe bereits während des Krieges als Helden glorifiziert, sollten ebendiese Männer im Namen des *Stahlhelms* deutsche Werte, aber auch den Militarismus vor dem Volk repräsentieren. Anhand des Beispiels der Region um Schloss Wolfsburg lässt sich exemplarisch belegen, auf welche Art und Weise der *Stahlhelm* sein Geschichtsbild konstruierte. Die gezielte Unterstützung und Verbreitung nationalistischer Kriegsmymen ließ den *Stahlhelm* eine Metamorphose durchwandern, die ihm schließlich die Gestalt eines republikfeindlichen Wehrverbands gab.



Das Vorsfelder Schützenhaus: Während des Ersten Weltkriegs diente es der kaiserlichen Armee als Hilfslazarett, in: StadtA Wob, Bild 0049, Sammlung Eckebrecht.

„Deutsche Abende“ im Schützenhaus und der „Oehlmannschen Gastwirtschaft“ zählten zu den populärsten Veranstaltungen der Ortsgruppe. Denn der Stachel des Verlusts von Gebieten innerhalb der Reichsgrenzen wie etwa Elsaß-Lothringen, aber auch internationaler Protektorate auf dem afrikanischen Kontinent und im Pazifik saß weiterhin tief, sodass geladene Redner von lokaler und nationaler Größe in den Reihen des Vorsfelder Wehrverbands auf offene Ohren stießen. Der verlorengegangene Weltmachtsanspruch war für den *Stahlhelm* eine nicht zu akzeptierende Konstante, die es zu bekämpfen galt. Durch das Veranstalten von Gemeinschaftsabenden und der Einladung von Repräsentanten seiner eigenen Vorstellungswelt streute der *Bund der Frontsoldaten* die Saat seiner ideologischen Grundsätze weiter aus und wuchs auf nationaler Ebene zum größten aller seinerzeit existierenden Wehrverbände.

Ein Ausblick und Ansatzpunkt für zukünftige Forschungen: Die Bildung der *Harzburger Front* am 11. Oktober des Jahres 1931 markierte den Beginn einer Kooperation unter den einflussreichsten faschistischen und rechts-konservativ ausgerichteten Parteien und Vereinen der Weimarer Republik. Neben der NSDAP, der DNVP und der DVP zählte auch der *Stahlhelm* zu den Ausrichtern des nationalistischen Gipfels am Rande des Nordharzes. Wurde hier letztlich die Basis für die Entstehung einer kurzlebigen extrem reaktionären „Nationalen Opposition“ gelegt, so bietet es sich an, die diesbezüglichen Reaktionen der Ortsgruppen in Fallersleben, Heßlingen und Vorsfelde zu betrachten. Wie reagierten die örtlichen *Stahlhelmfraktionen*? Existierten bereits frühere Bekenntnisse zur NSDAP oder regionale Zusammenarbeiten? In diesem Zusammenhang kann ebenso der Bund zwischen dem *Stahlhelm* und der SA analysiert werden, wobei der Fokus auf den Wolfsburger Umland gemeinsam durchgeführten Aktionen liegen könnte. Der im Zuge der Reichspräsidentenwahl im März 1932 einsetzende Zerfall der *Harzburger Front* war gleichzeitig der Anfang vom Ende des *Stahlhelms*. Ist der Aufgang des *Stahlhelms* in den Machtapparat der NSDAP ein bereits ausgiebig erforschter Gegenstand der Geschichtswissenschaft, so fehlt die Erforschung dieses Bestandteils der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ im Raum Wolfsburg gänzlich. Was mit freiwilligen Abwanderungen hin zur SA begann, sollte sich alsbald zu einer feindlichen Übernahme wandeln: Seit dem „Stahlhelm-Putsch“ im April 1933 in Braunschweig war gewaltsames Vorgehen seitens der SA gegenüber Vertretern des *Stahlhelms* keine Seltenheit mehr.

Eine anknüpfende Arbeit sollte somit die Frage nach der Rezeption des „Putschs“ in Vorsfelde und möglicherweise hiermit korrespondierende Reibungen zwischen dem örtlichen *Stahlhelm* und der SA sowie das Ende des revanchistischen Vereins auf lokaler Ebene in den Fokus stellen.

Maik Ullmann ist Student an der Technischen Universität Braunschweig im Master „Kultur der technisch-wissenschaftlichen Welt“ und freier Mitarbeiter im IZS. Der Text ist eine überarbeitete Fassung seiner Bachelorarbeit.

1 Dieter Fricke/Werner Fritsch/Werner Gottwald/Siegfried Schmidt/Manfred Weißbeker (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Band 4. Reichverband der Deutschen Industrie – Zweckverband der freien Deutschtumsvereine. Köln 1986, S. 145.

2 O. Lippelt/E. Huckstorf (Hg.), Fünfzehn Jahre Stahlhelm in Niedersachsen. Lüchow 1936, S. 45.

3 „Stahlhelm“, in: *Der Bote* vom 8. November 1923.

4 Sabine Behrenbeck, „Zwischen Trauer und Heroisierung. Vom Umgang mit Kriegstod und Niederlage nach 1918“, in: Jörg Duppler/Gerhard P. Groß (Hg.), *Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung*. München 1999, S. 315–339, hier S. 323f.

5 „Stahlhelm“, in: *Der Bote* vom 15. November 1923.

6 Ian Kershaw, *Höllentanz. Europa 1914–1949*. München 2016, S. 33.

7 Siehe dazu Georg Müller, *Vom Stahlhelm zum Hakenkreuz: Menschen und Vorgänge an der Bergakademie Clausthal in den zwanziger bis vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts*. Clausthal 1995; Jan Berg, „Kinnriemen runter, Gummiknüppel zur Hand! Der Aufmarsch des ‚Stahlhelm‘ am 12. April 1931 in Barth“, in: LandeBarth – Barther Geschichte(n), Redieck & Schade Heft 7 (2015), S. 96–101.

8 Siehe dazu Bernhard Kiekenap, *SS-Junkerschule. SS und SA in Braunschweig*. Braunschweig 2008; Anke Hoffstadt, „Eine Frage der Ehre – Zur Beziehungsgeschichte von ‚Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten‘ und SA“, in: Yves Müller/Reiner Zilkert (Hg.), *Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA)*. Frankfurt am Main 2013, S. 267–296.

9 Alois Klotzbücher, *Der politische Weg des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der „Nationalen Opposition“ 1918–1933*. Erlangen 1964, S. 5.

10 Christian Saehrendt, *Der Stellungskrieg der Denkmäler. Kriegerdenkmäler im Berlin der Zwischenkriegszeit (1919–1939)*. Bonn 2004, S. 11.

11 Matthias Brodtmann, *Geschichte Vorsfeldes*. Band 2. *Der Wandel des Ortes im 20. Jahrhundert*. Wolfsburg 1995, S. 50.

12 Brian E. Crim, *Antisemitism in the German Military Community and the Jewish Response, 1914–1938*. Lanham 2014, S. 46.

13 Hier und im Folgenden Franz Seldte am 9. November 1918, in: *Propaganda-Abteilung des Stahlhelm-Bundesamtes Berlin* (Hg.), *Die Stahlhelm-Fibel*. Berlin 1932, o.P.

14 Jürgen Hillesheim/Elisabeth Michael (Hg.), *Lexikon nationalsozialistischer Dichter. Biographien – Analysen – Bibliographien*. Würzburg 1993, S. 420.

15 Landesverband Braunschweig des Stahlhelms. *Bund der Frontsoldaten* (Hg.), *Stahlhelm-Taschenbuch*. Braunschweig 1924, S. 47.

16 Ebd., S. 55.

17 „Der Landesverbandstag des Stahlhelms“, in: *Der Bote* vom 10. September 1925.

18 Lutz Raphael, *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945*. München 2011, S. 78.

19 Brodtmann, *Geschichte Vorsfeldes* (wie Anm. 11), S. 35f.

20 Carl-Ludwig Holtfrerich, „Aus dem Alltag des Reichswirtschaftsministeriums während der großen Inflation 1919–1923/24“, in: Werner Abels/Stephan Fisch/Dierk Hoffmann/Carl-Ludwig Holtfrerich/Albrecht Ritschl (Hg.), *Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990*. Band 1. *Das Reichswirtschaftsministerium in der Weimarer Republik und seine Vorläufer*. Berlin/Boston 2016, S. 224–360, hier S. 224.

21 „Die Unsicherheit der Landstraße“, in: *Der Bote* vom 29. November 1923.

22 „Stahlhelm“, in: *Der Bote* vom 13. Dezember 1923.

23 Kershaw, *Höllentanz* (wie Anm. 6), S. 174.

24 „§ 231“, in: *Die Stahlhelm-Fibel* (wie Anm. 13), o.P.

25 Unveröffentlichte Magisterarbeit von

Matthias Brodtmann, *Elite in der Provinz während der NS-Zeit, dargestellt am Beispiel von Fallersleben*. Hannover 1991, S. 45f.

26 „Was will der Stahlhelm?“ In: *Die Stahlhelm-Fibel* (wie Anm. 13), o.P.

27 Hier und im Folgenden „Stahlhelm“, in: *Der Bote* vom 22. Juni 1927.

28 Lippelt/Huckstorf, *Fünfzehn Jahre Stahlhelm in Niedersachsen* (wie Anm. 2), S. 46.

29 Boris Barth, *Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918–1938*. Frankfurt am Main 2016, S. 82.

30 Joachim Zeller, „Massenaristokratie der weißen Rasse: Vom ‚kolonialen Drang‘ der Deutschen“, in: Marianne Bechhaus-Gerst/Anne-Kathrin Horstmann (Hg.), *Köln und der deutsche Kolonialismus. Eine Spurensuche*. Köln/Weimar/Wien 2013, S. 15–24, hier S. 15.

31 Seine imperialistischen Vorträge erfreuten sich offenbar großem Interesse: Auch der Fallersleber *Stahlhelm* lud Brandenburg kaum ein halbes Jahr später in den örtlichen Ratskeller, um ihn von den „geraubten“ Kolonien berichten zu lassen; siehe dazu: „Fallersleben“, in: *Der Bote* vom 20. März 1926.

32 „Vortrag Brandenburg“, in: *Der Bote* vom 28. November 1925.

33 Livia Loos, *Deutsche Frauen in den Südsee-Kolonien des Kaiserreichs. Alltag und Beziehungen zur indigenen Bevölkerung, 1884–1919*. Bielefeld 2014, S. 71.

34 „Stahlhelm“, in: *Der Bote* vom 22. Januar 1924.

35 Barth, *Europa nach dem Großen Krieg* (wie Anm. 29), S. 79.

36 „Stahlhelm“, in: *Der Bote* vom 22. Januar 1924; Was will der Stahlhelm? (wie Anm. 26).

37 Otto May, *Bismarck und sein Mythos auf Postkarten*. Hildesheim 2014, S. 254.

38 Anno Mungen, „Zur Dynamik von Inszenierung und kultureller Identität“, in: Hermann Blume/Elisabeth Großegger/Andrea Sommer-Mathis/Michael Rössner (Hg.), *Inszenierung und Gedächtnis. Soziokulturelle und ästhetische Praxis*. Bielefeld 2014, S. 211–222, hier S. 211; Robert Gerwarth, *Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eisernen Kanzler*. München 2007, S. 134.

39 Kurt Finker, „Der ‚Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten‘ und die Harzburger Front“, in: *Rundbrief Heft 3* (2006), S. 13–17, hier S. 13.

40 Wolfram Pyta, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*. München 2007, S. 94.

41 Jesko von Hoegen, *Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg-Mythos*. Köln/Weimar/Wien 2007, S. 271.

42 Was will der Stahlhelm? (wie Anm. 26).

43 von Hoegen, *Der Held von Tannenberg* (wie Anm. 41), S. 270.

44 „Der Wahltag“, in: *Der Bote* vom 30. April 1925.

45 Die Vorsfelder Ortsgruppe des *Stahlhelms* zählte zu diesem Zeitpunkt knapp 200 Mitglieder. Siehe dazu „Der Landesverbandstag des Stahlhelms“, in: *Der Bote* vom 10. September 1925.

46 „Weihe des Ehrenmals“, in: *Der Bote* vom 18. Juni 1925.

47 „Hindenburg ist Ehrenvorsitzender des Stahlhelms“, in: *Der Bote* vom 26. April 1924.

48 von Hoegen, *Der Held von Tannenberg* (wie Anm. 41), S. 270.

49 Unveröffentlichte Dissertation Wilhelm Robert Kruttsch, *Wolfsburg. Beiträge zur Kulturlandschaftsgeschichte des Stadtgebietes vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. Braunschweig 1966, S. 101.

50 „Beisetzungsfeier“, in: *Der Bote* vom 26. Juli 1924.

51 Laut dem Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation in Wolfsburg hält die Familie von der Schulenburg ihr Archiv aktuell für Forschungszwecke geschlossen, sodass eine tatsächliche Mitgliedschaft des Grafen Werner nicht nachweislich festgestellt werden kann.

52 „Graf Luckner kommt“, in: *Der Bote* vom 8. Mai 1924.

53 Norbert von Frankenstein, „Seeteufel“ Felix Graf Luckner. *Wahrheit und Legende*. Hamburg 1997, S. 43 und S. 148.

54 Landesverband Braunschweig des Stahlhelms. *Bund der Frontsoldaten* (Hg.), *Stahlhelm-Taschenbuch*. Braunschweig 1924, S. 49.

55 Was will der Stahlhelm? (wie Anm. 26).

56 von Frankenstein, „Seeteufel“ Felix Graf Luckner (wie Anm. 53), S. 143.

57 „Graf Luckner kommt!“ In: *Der Bote* vom 13. Mai 1924.

58 „Graf Luckners Weltumseglung“, in: *Der Bote* vom 22. Juli 1926.

59 „Graf Luckners Weltumseglung. Der Abschied von Deutschland“, in: *Der Bote* vom 28. September 1926.

60 von Frankenstein, „Seeteufel“ Felix Graf Luckner (wie Anm. 53), S. 156.

61 „Luckners ‚Vaterland‘ in Emden“, in: *Der Bote* vom 31. August 1926.

62 Gerhard P. Groß, „Eine Frage der Ehre? Die Marineführung und der letzte Flottenvorstoß 1918“, in: Werner Rahn (Hg.), *Vom Symbol nationaler Einheit zum Instrument internationaler Sicherheit*. München 2005, S. 287–304, hier S. 287.



Robert Lebeck, Tschechoslowakei, Prag, Kontaktbogen Nr. 13, 3.4.1968, Archiv Robert Lebeck

Der Fotograf bei der Arbeit

Aufnahmen zeigen Robert Lebeck in Prag

KRISTINA NOLTE-THUMM IM INTERVIEW

Im Jahr 1968 drückte Robert Lebeck unter anderem Papst Paul VI., Rudi Dutschke und Diana Rigg eine seiner Kameras in die Hand – offenbar ein Kniff des Fotografen, sein Gegenüber für sich zu gewinnen und die Stimmung aufzulockern. Abgedrückt aber haben die wenigsten von ihnen – im epochemachenden Jahr war es allein die britische Schauspielerin, für die Lebeck mit deren Federboa posierte. Bei der Arbeit scheint der Fotograf indes fast unsichtbar gewesen zu sein, denn obgleich beim Besuch des Papstes in Bogotá, auf der documenta-Eröffnung oder bei Robert Kennedys Beerdigung zahlreiche Kamerateams gedreht und unzählige Fotografen unmittelbar neben ihm gearbeitet haben, ist er doch auf keiner Filmaufnahme oder Fotografie zu sehen. Wenn da nicht Kristina Nolte-Thumm wäre, die ihn – ohne es zu wissen – bei einer Rede Čestmír Čísarš auf der Prager Burg mit ablichtete. Lebeck war damals für eine Reportage über den Prager Frühling vor Ort, die nie gedruckt wurde.

Alexander Kraus: Können Sie kurz erläutern, wie Ihre Fotografien entstanden sind? Es ist ja keineswegs selbstverständlich zu einer politischen Kundgebung auch einen Fotoapparat mitzunehmen.
Kristina Nolte-Thumm: Zuerst möchte ich etwas zu meinen Aufnahmen sagen, auf denen auch Robert Lebeck zu sehen ist: Es war reiner Zufall und kein Verdienst, den großen Fotografen zu fotografieren. Bis vor einigen Wochen ahnte ich nichts davon. Erst durch die Vergrößerung der 50 Jahre alten Schwarz-Weiß-Fotos haben Sie die „Entdeckung“ gemacht. Robert Lebeck ist auf den Bildern noch ein junger Mann, uns damals vollkommen unbekannt, und er war auch nicht der einzige, der bei der Demo fotografierte.
Angeregt durch meinen Vater, der ein begeisterter Hobbyfotograf war, fotogra-

fierte ich damals schon sehr viel und gerne. Die Filme entwickelte dann mein Vater; in der heimischen Küche wurden oft abends Vergrößerungen gemacht, dann am nächsten Morgen im Badezimmer aus dem Wasser herausgeholt und getrocknet. Für mich als Jugendliche war es eine interessante Beschäftigung, die mich nachhaltig geprägt hatte. Es war also selbstverständlich, dass ich zu der Kundgebung mit Čestmír Čísar einen Fotoapparat dabei hatte.

Die Menschen in der ČSSR und besonders in Prag, wo ich in der einmaligen und spannenden Zeit studierte, spürten die Aufbruchsstimmung, verbunden mit der Hoffnung auf Freiheit als wertvolles Gut des menschlichen Daseins. Im April 1968 verabschiedete das Führungsgremium der KP auf Initiative des Reformers Alexander Dubček ein Aktionsprogramm. Es beinhaltete die Fortführung der Reformpolitik sowie die Gewährung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Das war am 5. April 1968, die Pressezensur wurde kurz davor abgeschafft. Die Demo für Čísar – wir Studenten demonstrierten für ihn als Kultusminister – fand als erste dieser Art nach dem Krieg (!) am 3. April 1968 statt. Was für hoffnungsvolle Zeiten! Täglich konnte man an interessanten Kundgebungen der damaligen Führungskräfte, Intellektuellen und Journalisten teilnehmen – Professor Eduard Goldstücker („rehabilitierte“ Franz Kafka), Josef Smrkovský als Realpolitiker, die Werke der Schriftsteller Josef Skvorecký („Die Feiglinge“) oder Milan Kundera („Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins“ – das Buch erschien allerdings erst nach der gewaltsamen Niederschlagung des „Prager Frühlings“). Nebenbei Besuche der kleinen Bühnen mit bis dahin kaum gesehenen Bühnenauftritten („Der Revisor“ von Nikolaj W. Gogol oder Pavel Kohouts „August, August, August“) Fast beiläufig war dann im Juni das Examen zu bestehen ... Eine einmalige Zeit, die mich

mit ihren ergreifenden Ereignissen an die 21 Jahre später erfolgende Wiedervereinigung Deutschlands erinnert und die ich als Zeitzeugin nicht missen möchte.

Alexander Kraus: Welche Aufnahmen finden sich noch in Ihrem Album?

Kristina Nolte-Thumm: In dem kleinen Album befinden sich noch Fotos von meinen Kommilitoninnen, Aufnahmen von Prag, von Freunden. Erst das Foto von Robert Lebeck in der gegenwärtigen Ausstellung „Robert Lebeck. 1968“ im Kunstmuseum Wolfsburg von der besagten Demonstration auf der Prager Burg war der Auslöser meiner Rückbesinnung auf die damalige Zeit – und auf mein Album. Es hat mich emotional von einer Sekunde auf die andere in die Zeit vor 50 Jahren zurückbeamt! Unvorbereitet auf diese Art der „Begegnung“ mit längst vergangener Zeit war es ein sehr bewegender Moment ...

Alexander Kraus: Aber wie gelangte das Album nach Braunschweig?

Kristina Nolte-Thumm: Nach der hoffnungsvollen Zeit von wenigen Monaten folgte dann im August 1968 das jähe Ende! In der Nacht vom 21. August 1968 marschierten in die Tschechoslowakei Truppen des Warschauer Paktes ein. Den Überfall erlebte ich in meiner Geburtsstadt Český Tesín (Teschen) bei meinen Eltern. Kurz nach Mitternacht des 20. August konnte man in unserer Grenzstadt zu Polen das unendliche Dröhnen der russischen Panzer und schwerer Militärfahrzeuge hören, was ich jedoch verschief! Am Tage danach war nichts mehr so wie noch vor 12 Stunden: kaputte Straßen und Fußwege, rasch erstellte Barrikaden, ausverkaufte Läden und vor allem die Ratlosigkeit und Verzweiflung der Menschen. Die öffentlichen Gebäude wurden von den sowjetischen Soldaten besetzt, Busse und Bahnen verkehrten nicht. In dieser chaotischen Situation geschah etwas Unglaubliches: Am Nachmittag wurde mir ein Visum für die Bundesrepub-

lik Deutschland zugestellt! Die nächsten Tage brachten eine gewisse Stabilität und das Alltagsleben in Český Tesín „normalisierte“ sich. Dennoch war es klar, dass nach der Entführung der gesamten Regierung nach Moskau (!) der politische Kurs auf das Niveau der 1950er Jahre absinken würde. Es sollte dann weitere 21 Jahre andauern.

Anfang September war es aber möglich, wieder die Bahn zu benutzen und mein Plan, für mindestens drei Monate nach Deutschland zu reisen, bekam einen neuen Nährboden. Trotz Zweifel und Warnung meiner Eltern bestieg ich am 9. September 1968 den Zug. Beim Umsteigen in Prag erlebte ich eine erniedrigte, gedemütigte Stadt voller fremder Soldaten, die das öffentliche Leben beherrschten; sie wohnten in den Hotels, zelteten in den Parkanlagen. Auf dem Wenzelsplatz, am Graben, in der Nationalstraße, auf den Weinbergen (Rundfunk- und Fernsehgebäude) waren die Häuser durch Schüsse erheblich beschädigt. Dort, wo Menschen getötet worden waren, lagen Blumen und leuchteten Kerzen.

Nach einer unendlich langen Bahnfahrt kam ich am 10. September in Braunschweig an. Mein beabsichtigter kurzer Aufenthalt ist ein ständiger geworden. Bald hieß es das deutsche Abitur in Göttingen nachzuholen, wurde doch das tschechische nicht anerkannt. Nach dem Studium der Pädagogik in Braunschweig, unter anderem bei Professor Georg Eckert, bin ich Lehrerin geworden und übte sehr gerne meinen Beruf bis zur Pensionierung aus. Für meine Tochter ist Braunschweig Heimat geworden, meine liegt 1.000 Kilometer weiter östlich. Gerne und oft besuche ich mein geliebtes Prag, seit vielen Jahren als Reiseleiterin. Zur zweiten Heimat ist mir jedoch mein neues Zuhause geworden, mit Familie und vielen Freunden. Und das kleine Album? Als „Aufbewahrerin“ habe ich es irgendwann von meinen Eltern wieder bekommen ...



Čestmír Císař in der euphorisierten Menge auf der Prager Burg, 3.4.1968 (Layoutscan), Foto: Robert Lebeck, Archiv Robert Lebeck



Čestmír Císař auf der Prager Burg, 3.4.1968, Fotos: Kristina Nolte-Thumm

Im Jahr 2014 informierte ein umfassender Bericht der *Brasilianischen Wahrheitskommission* die Öffentlichkeit Brasiliens über Menschenrechtsverletzungen und politische Morde während der Militärdiktatur im Zeitraum von 1964 bis 1985. Dieser Bericht konfrontierte *VW do Brasil* mit dem Vorwurf der Kollaboration mit der Politischen Polizei und der Diskriminierung gewerkschaftlicher Aktivisten. Aufgrund der Vorwürfe erteilte Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, zu diesem Zeitpunkt bei Volkswagen Konzernvorstand für Integrität und Recht, im November 2016 den Auftrag für eine umfassende Untersuchung. Aus dem im Herbst 2017 publizierten Band *VW do Brasil in der brasilianischen Militärdiktatur 1964–1985. Eine historische Studie* präsentieren wir das vierte Kapitel in leicht überarbeiteter Form.

Um das Verhalten von *VW do Brasil* während der Militärrherrschaft (1964–1985) zu verstehen, ist ein Blick auf die industriellen Beziehungen unerlässlich. Es stellt sich zunächst die Frage, ob der Militärputsch die Gestaltungs- und Teilhabemöglichkeiten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaft negativ beeinflusste und wie sich das Verhalten des Managements von *VW do Brasil* gegenüber den Mitarbeitern während der Diktatur veränderte.¹

Die Ursprünge des brasilianischen Arbeitsrechts reichen bis in die Regierungszeit des Präsidenten Getúlio Vargas zurück, der Brasilien nach einem Militärputsch im November 1937 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges diktatorisch regierte.² Die Regierung setzte ein Kündigungsschutzgesetz in Kraft, das gekündigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Abfindungen entsprechend der Länge der Beschäftigung garantierte. Bei einer Beschäftigungsdauer von mehr als einem Jahr stand Arbeitnehmern eine Abfindung von einem Monatsgehalt pro Beschäftigungsjahr plus einem weiteren Monatslohn als Grundabsicherung zu. Bei Arbeitnehmern mit einer Beschäftigungsdauer von mindestens zehn Jahren verdoppelte sich der Abfindungsanspruch. Sie genossen zudem einen erweiterten Kündigungsschutz und waren außer bei schuldhaftem Fehlverhalten kaum kündbar.³

Der „Neue Staat“ (*Estado Novo*) der Ära Vargas schuf formell unabhängige lokale Branchengewerkschaften, die zur Vertretung der Beschäftigten einer Branche ermächtigt waren. Trotz ihres Rechts zur Lohnaushandlung mit den örtlichen Arbeitgebern und der freien Wahl der Gewerkschaftsvertreter waren die Gewerkschaften keinesfalls autonom. Der *Estado Novo* und die 1964 etablierte Militärdiktatur machten von dem Recht Gebrauch, oppositionelle Gewerkschaftsvorstände von ihren Ämtern zu entheben und Streiks durch eine Notverordnung oder durch die Entscheidungen der Arbeitsgerichte generell für illegal zu erklären.⁴ Eine Tarifautonomie der Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter bestand nicht. Das brasilianische Arbeitsministerium übte eine direkte Aufsicht auf die Lohnhöhe aus. Lohnabschlüsse zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern traten erst nach der Genehmigung durch die Arbeitsgerichte in Kraft und waren damit ein Objekt staatlicher Lohnpolitik. Das Ziel des autoritären Korporatismus in der Militärdiktatur war es, die Austragung sozialer Konflikte durch staatliche Eingriffe zu verhindern. Trotz der immer wieder propagierten Orientierung am Gemeinwohl wirkte sich die Schiedsrichterrolle des Staates zugunsten der Arbeit-



Schichtende im VW-Werk in São Paulo, Foto: Paul Schutzer/The LIFE Picture Collection/Getty Images

Die industriellen Beziehungen bei VW do Brasil während der Militärdiktatur

VON CHRISTOPHER KOPPER

geber aus. Auch in der Hochkonjunktur von 1968 bis 1974 orientierte sich das Arbeitsministerium an der Kaufkraftreihaltung durch Inflationsausgleich und weniger am Wachstum der Arbeitsproduktivität. Auf diesem Weg verhinderte die Regierung im Interesse der Unternehmen eine teilweise Umverteilung der Gewinne zugunsten der Beschäftigten. Die realen Lohnsteigerungen blieben deutlich hinter dem Produktivitätswachstum zurück, während die Gewinne Rekordwerte erreichten.⁵

Im September 1966 reduzierte die Regierung die Ansprüche auf Abfindungen bei Kündigungen. Während die Arbeitnehmer bislang rechtliche Ansprüche gegenüber ihren Arbeitgebern besaßen, übernahm nun ein staatlicher Abfindungsfond die Entschädigung gekündigter und arbeitsloser Arbeitnehmer. Arbeitgeber waren nunmehr verpflichtet, acht Prozent des monatlichen Gehalts jedes Arbeitnehmers an den Abfindungsfond abzuführen, der für jeden Arbeitnehmer ein individuelles Guthabenkonto führte. Nach ihrer Entlassung erhielten die gekündigten Arbeitnehmer diesen Betrag mitsamt der angelaufenen Zinsen als Abfindung – als Ersatz für die nicht existierende Arbeitslosenversicherung.⁶

Das neue Abfindungsrecht stellte Arbeitnehmer in mehrfacher Hinsicht schlechter als zuvor. Zum einen lagen

die Abfindungen wegen des Wegfalls des Basismonats niedriger. Zum anderen fielen die rechtlichen und finanziellen Hindernisse für die Kündigung langjähriger Mitarbeiter mit einer Beschäftigungsdauer von zehn Jahren und mehr ersatzlos weg. Während die Arbeitgeber die Abfindungen bislang aus dem eigenen Gehaltsbudget bezahlen mussten, ging die Entschädigungspflicht auf den Staatsfonds über. Die Regierung entlastete damit die Unternehmen von einem erheblichen Kostenrisiko bei Massenentlassungen. Auch langjährige Mitarbeiter waren nicht mehr durch hohe Abfindungskosten vor Entlassungen geschützt. *VW do Brasil* war die erleichterte Kündigung langjähriger Mitarbeiter willkommen, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt noch keine Bedeutung für die Personalpolitik besaß. Infolge der stetig steigenden Produktion stieg auch die Beschäftigung, sodass Neueinstellungen Entlassungen weit überwogen. Da Entlassungen nicht mehr mit Zusatzkosten verbunden waren, brachte das neue Kündigungsrecht *VW do Brasil* erhebliche Einsparungen. Weil das neue Arbeitsrecht den Arbeitnehmern die Option zwischen dem alten und dem neuen Abfindungsrecht einräumte, mussten die VW-Arbeiter der Übertragung ihrer Ansprüche auf den Staatsfonds zustimmen. 1968 lockte *VW do Brasil* seine Arbeiter mit einer um fünf Monate vorgezoge-

nen Lohnerhöhung dazu, auf ihre alten Ansprüche bei einer Kündigung zu verzichten und das für sie schlechtere neue Kündigungsrecht zu akzeptieren.⁷ Das neue Kündigungs- und Abfindungsrecht brachte *VW do Brasil* einen geschätzten Kostenvorteil von sieben Millionen DM pro Jahr. Es erlaubte dem Management, sich ohne zusätzliche Abfindungskosten von teurer gewordenen Mitarbeitern in höheren Dienstaltersstufen zu trennen und sie durch neue Mitarbeiter in der niedrigsten Dienstaltersstufe zu ersetzen.

Von dieser Belegschaftsverjüngung auf Kosten der Mitarbeiter waren vor allem ungelernete und angelernte Arbeiter betroffen, die leicht durch kurzfristig eingestellte und neu angelernte Kräfte ersetzbar waren. Gelernte Arbeiter mit begehrten Qualifikationen ließen sich wegen der Fachkräfteknappheit in der boomenden Industriemetropole São Paulo nur schwer oder gar nicht durch Neuanwerbungen ersetzen. Qualifizierte Arbeitskräfte mit längerer Betriebszugehörigkeit waren durch die Arbeitskräftenachfrage leidlich abgesichert. 1977 waren fast 20 Prozent der Beschäftigten von *VW do Brasil* länger als zehn Jahre im Werk beschäftigt.⁸

Nach dem Militärputsch am 31. März 1964 setzte die brasilianische Militärregierung zahlreiche linksgerichtete Gewerkschafter ab und ersetzte sie durch regierungsloyale Repräsentanten.⁹ Durch das Streikgesetz vom 1. Juni 1964, das eigentlich ein Antistreikgesetz war, hob die Regierung das Streikrecht auf.¹⁰ Das Streikgesetz stellte Streiks in privatwirtschaftlichen und nicht lebensnotwendigen Betrieben zwar nicht unter Strafe, aber erklärte Streiks mit „politischer oder sozialer Natur“ grundsätzlich als illegal und überließ dem Arbeitsministerium die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit von Arbeitskämpfen. Streikführer sollten durch Gefängnisstrafen von sechs bis zwölf Monaten und der doppelten Strafhöhe im Wiederholungsfall abgeschreckt werden.

Bis 1977 waren die Metallarbeitergewerkschaften in São Bernardo do Campo und den angrenzenden Industriestädten durchgehend unternehmensfriedlich und streikabstinent. Bei *VW do Brasil* und in den Autowerken der Umgebung hatte es auch vor 1964 keine Streiks und keine nennenswerte gewerkschaftliche Organisation gegeben. Für die organisatorische Schwäche der Gewerkschaften in der Autoindustrie war nicht zuletzt ihre Entpolitisierung durch die Militärregierung verantwortlich. Da es in Brasilien keine gesetzliche Krankenversicherung gab, wurden die zahmen Gewerkschaften vor allem als Beihilfeeinrichtungen im Krankheitsfall und als Rechtsschutzversicherung wahrgenommen.

Da die Löhne der Autoindustrie in der brasilianischen Wirtschaft an der Spitze standen, waren Arbeitsplätze bei *VW do Brasil* begehrt. Viele der angelernten und ungelerten Montagearbeiter waren zuvor nicht in der Industrie tätig gewesen und nicht mit den Arbeitsbedingungen und den Hierarchien großindustrieller Betriebe vertraut. 61 Prozent der Beschäftigten hatten nur die vierjährige Grundschule besuchen können und besaßen daher nur eine kurze Elementarschulbildung; manche waren zum Zeitpunkt ihrer Einstellung noch Analphabeten.¹¹ Auch von ihrer regionalen Herkunft waren die VW-Arbeiter ausgesprochen heterogen. Während die qualifizierten Arbeiter vor allem aus dem am stärksten industrialisierten Bundesstaat São Paulo kamen, war ein Teil der ungelerten und angelernten Arbeiter aus



VW-Arbeiter in São Paulo, Foto: Paul Schutzer/The LIFE Picture Collection/Getty Images

dem armen Nordosten Brasiliens zugewandert. 1973 stammten 64 Prozent der insgesamt 32.000 Beschäftigten von *VW do Brasil* aus dem Bundestaat São Paulo und 19 Prozent aus dem Nordosten des Landes.¹²

Zu den beruflich qualifizierten Arbeitern gehörten vor allem die Werkzeugmacher, Dreher, Maschinenschlosser und Elektriker, die im Stundenlohn statt im Akkordlohn arbeiteten, schon zuvor in industriellen Betrieben gearbeitet und eine bessere Schul- und Berufsbildung genossen hatten. Durch das starke Wachstum der Belegschaft in den 1960er und 1970er Jahren befand sich die Werks-gesellschaft bei *VW do Brasil* in einem stetigen Wandel. Viele der Beschäftigten waren wegen der hohen Neueinstellungen noch nicht lange dort beschäftigt.

Tabelle 1: Zahl der Beschäftigten bei VW do Brasil¹³

1960:	7.924
1962:	9.343
1964:	10.094
1966:	13.108
1968:	19.483
1970:	23.799
1972:	28.045

Neben dem Fehlen einer gewerkschaftlichen Tradition und dem hohen Lohnniveau in der Autoindustrie förderte der autoritäre Paternalismus die duldsame Passivität der VW-Arbeiter. Die interne Unternehmenskommunikation von *VW do Brasil* stellte die Belegschaft von VW als eine große Familie dar, in der der Vorstand die Rolle des autoritären und fürsorglichen Familienvaters spielte.

Die Mitarbeiterzeitung von *VW do Brasil* trug in den 1960er und 1970er Jahren den sinnfälligen Namen *Familia* (Familie), der das paternalistische Selbstverständnis der Unternehmensleitung beispielhaft symbolisierte.¹⁴

Da im brasilianischen Arbeitsrecht keine Betriebsräte oder andere betriebliche Arbeitnehmervertretungen vorgesehen waren, wurde das Management nicht mit den Forderungen einer organisierten Arbeitnehmerschaft konfrontiert. In einem Gespräch mit einem Journalisten des *Stern* erklärte der Generaldirektor von *VW do Brasil* Friedrich Schultz-Wenk 1966 ganz autoritär: „Hier bin ich meine eigene Gewerkschaft.“ Der PR-Chef João Corduan ergänzte: „Es gibt keine Streiks, und wenn jemand einen Streik anzettelt, ist er entlassen.“¹⁵

Freiwillige Sozialleistungen in einem für brasilianische Verhältnisse unüblich hohen Umfang wie ein großer und gut ausgestatteter Sport- und Freizeitclub für die Mitarbeiter und ihre Familien, ein großes Kooperativgeschäft (*Cooper-volks*) für vergünstigte Einkäufe und ein reichhaltiges und hoch subventioniertes Mittagessen trugen zu einer materiellen und emotionalen Bindung der Arbeiter an das Unternehmen und zur Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber bei.¹⁶ Bei anderen Sozialleistungen wie der gut ausgestatteten firmeneigenen Klinik mit freier Behandlung für Mitarbeiter und Angehörige nahm *VW do Brasil* seit 1975 das gesetzliche Optionsrecht wahr, die medizinische Versorgung der Mitarbeiter in eigene Regie beziehungsweise in Zusammenarbeit mit Vertragskrankenhäusern und niedergelassenen Ärzten zu übernehmen.¹⁷ Die gute medizinische

Versorgung durch das Unternehmen brachte die Mitarbeiter von *VW do Brasil* jedoch in Abhängigkeit zu den Werksärzten, die kranke Arbeitskräfte nur sehr zurückhaltend arbeitsunfähig schrieben. Das große Werksbusnetz mit niedrigen Fahrpreisen und auf den Schichtwechsel abgestimmten Fahrzeiten kam zwar den Mitarbeitern zu Gute, ermöglichte aber dem Unternehmen überhaupt erst, eine so große Zahl von Arbeitskräften im Großraum São Paulo zu rekrutieren. Mit dem großen und gut ausgestatteten Berufsausbildungszentrum mit einer Kapazität von 900 Auszubildenden leistete *VW do Brasil* einen wichtigen Beitrag für die Berufsausbildung, für die normalerweise das staatliche Berufsausbildungsinstitut SENAI verantwortlich war. Da Volkswagen die Lehrlinge primär für den eigenen Bedarf ausbildete und damit seinen stetig steigenden Bedarf an Facharbeitern und Technikern deckte, machten sich die Aufwendungen für die betriebliche Ausbildung und Fortbildung für Volkswagen bezahlt. Die 1979 eingeführten Stipendien für Mitarbeiterkinder zum Besuch weiterführender Schulen (1979: 546.000 DM, 1982: 1.370.000 DM) waren dagegen eine genuin freiwillige Sozialleistung. Da weiterführende Schulen in Brasilien Schulgelder erhoben, eröffnete *VW do Brasil* nicht wenigen Kindern seiner Mitarbeiter eine Chance zum sozialen Aufstieg. Seit 1979 und damit deutlich später als die Konzernmutter förderte *VW do Brasil* den genossenschaftlichen Wohnungsbau für die Familien seiner Mitarbeiter.¹⁸ Es war jedoch kein Zufall, dass *VW do Brasil* diese freiwilligen Sozialleistungen 1979 einführte. 1979 war

das erste Jahr, in dem die Autohersteller in Brasilien mit gewerkschaftlichen Lohnforderungen und wochenlangen Streiks konfrontiert waren. Diese neuen Sozialleistungen sollten die zunehmend selbstbewussteren Autoarbeiter beruhigen und mäßigen.

Auf den ersten Blick hatte die Ausnahmegesetzgebung der ersten Jahre der Militärregierung die sozialen Beziehungen bei *VW do Brasil* nur wenig verändert. Wegen des Streikverbots und der Staatsaufsicht über die Gewerkschaften konnte sich die Unternehmensleitung sicher sein, dass die Arbeitnehmer die gute konjunkturelle Lage der Autoindustrie nicht für höhere Lohnforderungen nutzen konnten.

Die Vorstände von *VW do Brasil* und der *Volkswagen AG* hatten nach den ersten vier Jahren der Diktatur (1964–1968) allen Grund, mit der Wirtschaftspolitik der Militärregierung zufrieden zu sein. Der von 1968 bis 1971 amtierende Volkswagen-Vorstandsvorsitzende Kurt Lotz (1912–2005) bedankte sich nach seinem Brasilienbesuch im Juni 1968 mit sehr freundlichen Worten beim brasilianischen Industrie- und Handelsminister Brigadegeneral Edmundo de Macedo Soares e Silva, der ihn in der Hauptstadt Brasilia zu einem Gespräch empfangen hatte. Lotz lobte, dass „ihre Wirtschaftspolitik [...] eine Entfaltung der privaten Investitionen in Brasilien ermöglicht hat und uns in der Zuversicht bestärkt [...], die bisher erfolgreiche Politik der Volkswagen do Brasil fortsetzen zu können“.¹⁹ Während Heinrich Nordhoff unmittelbar nach dem Putsch gegenüber der Militärregierung empfohlen hatte, suchte *Fortsetzung auf Seite 12*

Fortsetzung von Seite 11 sein Nachfolger Lotz das Gespräch mit der brasilianischen Regierung. Lotz ließ sich nicht durch die Verkündung des Ausnahmegesetzes Nr. 5 im Dezember 1968 beeinflussen,²⁰ mit dem die Regierung die Einschränkungen staatsbürgerlicher Rechte weiter verschärfte. Das Gesetz hob den Schutz vor willkürlicher Verhaftung bei politischen Handlungen auf und ermächtigte die Regierung, Gesetze per Dekret zu erlassen. Zu den politischen Straftaten zählte das Ausnahmegesetz Nr. 5 auch die „Störung der wirtschaftlichen und der sozialen Ordnung“, was die Verhaftung oppositioneller Gewerkschaftler und Streikender legalisierte. Der diktatorische Charakter der brasilianischen Militärregierung wurde durch das Ausnahmegesetz ebenso offenkundig wie unbestreitbar. *VW do Brasil* beteiligte sich aus freien Stücken an der Verfolgung oppositioneller Arbeiter. Von 1969 bis 1980 informierte der Werkschutz die Politische Polizei über alle Anzeichen „subversiver Aktivitäten“ im Werk. Während seiner zweiten und seiner dritten Brasilienreise im März 1970 und im Juli 1971 erhielt Lotz sogar eine jeweils einstündige Audienz beim brasilianischen Staatspräsidenten General Médici (1965–1985). Bei seiner Brasilienreise im März 1970 erhielt Lotz durch die Fürsprache des damaligen *VW do Brasil*-Vorstandsvorsitzenden Rudolf Leiding (1914–2003) die Ehrenbürgerwürde von Brasiliens Wirtschaftsmetropole São Paulo. Lotz nahm diese Ehrung entgegen, obwohl deutsche Medien regelmäßig über die zunehmende Zahl von Verhaftungen und Folterungen linksgerichteter Regimegegner berichteten. Der geplante und zuvor zugesagte Besuch seines seit Oktober 1971 amtierenden Nachfolgers Rudolf Leiding bei Präsident Médici scheiterte im Februar 1972 lediglich an einer kurzfristigen konkurrierenden Terminverpflichtung des Präsidenten.²¹ Leidings Nachfolger Toni Schmücker (1921–1996), der von 1975 bis 1981 als Vorstandsvorsitzender amtierte, wurde 1976 von Staatspräsident General Geisel empfangen. Die Gespräche der Vorstandsvorsitzenden mit den Staatspräsidenten Médici und Geisel und den Ministern für Industrie, Handel und Finanzen lassen sich mangels Gesprächsnotizen nicht rekonstruieren. Da Lotz bei seinen Besuchen bei Präsident Médici vom Finanzminister Delfim Netto begleitet wurde, werden die Gespräche vorrangig um die Steuer-, Handels- und Währungspolitik gekreist sein. Während die Vorstandsvorsitzenden Lotz und Leiding ihre Vorstandskollegen nach der Rückkehr über die Lage von *VW do Brasil* informierten und dabei einige Sätze über die Lage der brasilianischen Wirtschaft verloren, wurde die Verletzung von Menschenrechten niemand angesprochen. Es ist unwahrscheinlich, dass Lotz und Leiding die brasilianischen Regierungsvertreter auf die Menschenrechtsverletzungen und die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten ansprachen. Lotz und Leiding reisten fast jedes Jahr nach Brasilien, um sich vor Ort ein Bild über die Entwicklung der größten ausländischen Konzerntochter zu machen.²² Sie besuchten den brasilianischen Industrie- und Handelsminister und den Finanzminister keinesfalls nur aus Höflichkeit, sondern zu Informationsgesprächen über die Grundlinien der brasilianischen Wirtschaftspolitik. Wegen seiner Verantwortung für den Zahlungsverkehr mit dem Ausland war Finanzminister Delfim Netto ein wichtiger Gesprächspartner, den jeder Vorstandsvorsitzende

bei einer Brasilienreise aufsuchte. Delfim Netto galt als der konzeptionelle Kopf der brasilianischen Wirtschaftspolitik. Auch der Aufsichtsrat von *VW do Brasil* sparte nicht mit Lob über die Militärregierung. Bei einer Sitzung am 22. September 1969 lobte dessen Erster Vizepräsident Fernando Lee in Gegenwart von Lotz und weiteren Vorstandsmitgliedern der *Volkswagen AG* die Politik der Militärregierung: „We all realize too well, from past experiences, the importance of a stable political situation in the building and strengthening of our economy.“ Vor dem Hintergrund der Entführung des amerikanischen Botschafters in Brasilien durch linksgerichtete Guerillas rechtfertigte er die Fortdauer der Militärdiktatur: „[...] as it was evident that a civilian could not, at this time, exert the necessary powers to cope with such a serious situation.“²³ Der von 1971 bis 1973 amtierende Vorstandsvorsitzende von *VW do Brasil*, Werner P. Schmidt, wurde in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* mit der Kritik an Menschenrechtsverletzungen konfrontiert. Schmidt leugnete Folter und Mord an Regimegegnern nicht, aber rechtfertigte dies mit den Worten, „daß es ohne Härte eben nicht vorwärts geht. Und es geht vorwärts.“²⁴ In einem Bericht an Leiding verdammte Schmidt einen Artikel des Magazins *Der Spiegel* vom 18. September 1972 als „infam“, der die zunehmende soziale Ungleichheit in Brasilien und die selbstgefällige nationalistische Propaganda der Militärregierung scharf kritisierte.²⁵ Die Vorstandsvorsitzenden der *Volkswagen AG* äußerten sich bis zum Ende der 1970er Jahre weder in öffentlichen Ansprachen noch in Interviews mit deutschen Massenmedien über die brasilianische Militärdiktatur. Rudolf Leiding machte in einem Brief an den brasilianischen Parlamentsabgeordneten Alberto Hoffmann kein Hehl daraus, dass er die zunehmend kritische Berichterstattung deutscher Journalisten über Brasilien missbilligte und sich für ein positiveres Brasilienbild einsetzte.²⁶ Leidings uneingeschränkt positives Urteil der politischen Verhältnisse Brasiliens gelangte im Oktober 1973 durch ein langes Interview mit dem Journalisten Gerardo Moser an die brasilianische Öffentlichkeit: „Leiding: Ich bin davon überzeugt, daß Brasilien, vom politischen Standpunkt aus, das stabilste Land Lateinamerikas ist. Die Tatsache, daß man hier in Europa manchmal Kritik gegen das Regime hört, ist darauf zurückzuführen, daß man hier nicht genügend Einblicke in die Verhältnisse des Landes hat. Ich bin der Auffassung, daß diese Stabilität dem Land den notwendigen wirtschaftlichen Unterbau geben wird [...] Es ist nötig, daß immer mehr Menschen in den Arbeitsvorgang einbezogen werden. Dadurch werden eine ganze Reihe Probleme von allein gelöst. Der Brasilianer [...] ist nicht neidisch und mit seinem Schicksal zufrieden, wenn er immer die Gewißheit hat, seine Lebensbedingungen langsam, aber sicher verbessern zu können. Der Brasilianer hat auch noch die Bereitschaft und den Willen zu arbeiten, auch wenn er es haßt, schwere Arbeit zu verrichten.“²⁷ Leiding bagatellierte die Kritik an den Menschenrechtsverletzungen der Militärdiktatur mit dem Argument, dass andere, zu diesem Zeitpunkt noch demokratisch regierte lateinamerikanische Staaten wie Argentinien wegen ihrer militanten innenpolitischen Konflikte politisch und wirtschaftlich deutlich instabiler und damit für ausländische Investoren unattraktiv seien. Seine klischeehaften Ausführungen über die

brasilianischen Arbeiter konstruierten ein nationales Stereotyp, das trotz der positiv klingenden Charakterisierungen nicht frei von einer herablassenden und kolonialistischen Einstellung war. Die *Volkswagen AG* begegnete der Kritik an den politischen Verhältnissen in Brasilien mit einer Broschüre, die die Entwicklung des Landes und das Engagement deutscher Unternehmen in einem positiven und wenig kritischen Licht darstellte.²⁸ Leiding ließ sich von den Vorstandsvorsitzenden der brasilianischen Tochtergesellschaft regelmäßig über die wirtschaftliche und die politische Entwicklung Brasiliens informieren. Im August 1973 informierte der gerade zum Vorstandsvorsitzenden berufene Wolfgang Sauer (1930–2013) seinen Vorgesetzten über die bevorstehende Übergabe des Präsidentenamtes von General Médici auf General Ernesto Geisel (1907–1996).²⁹ Sauer erwartete, dass „General Geisel in jedem Fall die Politik der Revolutionsregierung, unter Umständen sogar in etwas verschärfter Form [...] fortsetzen wird.“³⁰ Sauer's neutrale Wortwahl läßt keinen Schluss darüber zu, ob er eine Fortsetzung der repressiven Innenpolitik billigte. Mit dem Begriff „Revolutionsregierung“ schloss er sich der regierungsoffiziellen Sprachregelung an, die den Putsch von 1964 zu einer positiv besetzten Revolution umdeutete und den Putschtag als „Tag der Revolution“ feiern ließ. Sauer ging mit keinem Wort gegenüber der Militärdiktatur auf Distanz. Der Vorstandsvorsitzende von *VW do Brasil* sollte mit seiner Einschätzung über die politische Entwicklung Brasiliens Recht behalten. Der neue Präsident Geisel ließ das berüchtigte Ausnahmegesetz Nr. 5 bis Ende 1978 in Kraft. In die ersten beiden Jahre seiner Amtszeit (1974–1979) fielen zwei spektakuläre politische Morde an dem oppositionellen Journalisten Vladimir Herzog und am Metallgewerkschaftler Manoel Fiel Filho, die in Gefängnissen der Politischen Polizei an den Folgen der Folter starben.



Die Studie Christopher Koppers kann über die Internetpräsenz der Unternehmenskommunikation auf deutsch, englisch und portugiesisch heruntergeladen werden (<https://www.volkswagenag.com/de/group/history.html>). Dieser Link führt Sie direkt zur deutschen Ausgabe: https://www.volkswagenag.com/presence/konzern/documents/Historische_Studie_Christopher_Kopper_VW_B_Do_Brasil_14_12_2017_DEUTSCH.pdf [15.2.2018]. Sie erscheint in den kommenden Monaten auch als Buch.

1 Da der Frauenanteil an der Belegschaft von *VW do Brasil* bis in die 1980er Jahre nur bei fünf Prozent und damit deutlich niedriger als in der *Volkswagen AG* lag (Unternehmensarchiv der *Volkswagen AG* (UVW), 1184/355/3), wird aus

Vereinfachungsgründen nur die männliche Form benutzt. Selbstverständlich sind Mitarbeiterinnen in der männlichen Form eingeschlossen.

2 Hans-Joachim König, *Geschichte Brasiliens*. Stuttgart 2014, S. 250–260.

3 Maria Helena Moreira Alves, *State and Opposition in Military Brazil*. Austin 1985, S. 68f.

4 Ebd., S. 85.

5 Kenneth P. Erickson, *The Brazilian Corporative State and Working-Class Politics*. Berkeley/Los Angeles 1977, S. 153–174; Youssef Cohen, *The Manipulation of Consent. The State and Working-Class Consciousness in Brazil*. Pittsburgh 1989.

6 Gesetz 5.107 vom 13. September 1966, online abrufbar unter www.planalto.gov.br/ccivil_03/Leis/L5107.htm [19.5.2017].

7 UVW, 1053/62/1, Protokoll der Vorstandssitzung von *VW do Brasil* am 12.11.1968.

8 *VW do Brasil*, Geschäftsbericht 1977.

9 Erickson, *The Brazilian Corporative State* (wie Anm. 5), S. 158.

10 Moreira Alves, *State and Opposition* (wie Anm. 3), S. 51f.; Gesetz 4.330 vom 1. Juni 1964, online abrufbar unter www.planalto.gov.br/ccivil_03/leis/1950-1969/L4330.htm [19.5.2017]. Die Militärregierung unterzog die Verfassung 1967 und 1969 einer autoritären Revision, die die Rechte des Parlaments zugunsten der Regierung schwächte.

11 *VW do Brasil*, Sozialbericht 1982.

12 Zahlen nach Reinhard Doleschal, *Automobilproduktion und Industriearbeiter in Brasilien. Eine Untersuchung über Volkswagen do Brasil und die internationale Arbeitsteilung*. Saarbrücken 1987, S. 169. Die Prozentzahlen beziehen sich nur auf die Arbeitskräfte, die in Brasilien geboren wurden.

13 UVW 174/576/1, Statistik von *VW do Brasil* über die Produktionsentwicklung und andere Daten von 1960 bis 1972 (Original in Portugiesisch).

14 Werner Würtele, *Auf dem Weg zu einer „authentischen“ Gewerkschaftsbewegung in Brasilien*. Heidelberg 1982, S. 247–253.

15 Jörg Andreas Elten, „Hallo Senhor Volkswagen“, in: *Stern* vom 16. Oktober 1966.

16 In der werkseigenen *Cooperativa* lagen die Lebensmittelpreise um drei Prozent unter den Preisen anderer Kooperativen und acht Prozent unter den Preisen von Supermärkten (UVW, 174/1029/2, Prospekt: *VW in Brasilien* (undatiert, 1979)). 83% der Mitarbeiter waren Mitglieder der *Cooperativa*.

17 Würtele, *Auf dem Weg zu einer „authentischen“ Gewerkschaftsbewegung* (wie Anm. 14), S. 254f.; *VW do Brasil*, Sozialbericht 1982.

18 UVW, 69/901/1, *VW do Brasil*, Sozialbericht 1982.

19 UVW, 263/353/2, Schreiben Lotz an General Edmundo de Macedo Soares, 19.7.1968. Lotz (1912–2005) war erst im Juni 1967 als Vorstandsmittglied in die *Volkswagen AG* eingetreten und wurde im April 1968 nach dem Tod Heinrich Nordhoffs Vorstandsvorsitzender.

20 Dieses ist online abrufbar unter <http://legis.senado.gov.br/legislacao/ListaPublicacoes.action?id=194620> [24.5.2017].

21 UVW, 69/346/2, Information des Vorstandsssekretariats für das Reiseprogramm von Leiding, undatiert.

22 Lotz reiste vom 4. bis 7. Juli 1970 und vom 23. bis 29. März 1971 nach Brasilien (UVW, 69/366/1). Leiding besuchte Brasilien 1973 gleich zweimal (22. Mai bis 1. Juni und 26. Oktober bis 3. November 1973, siehe UVW 69/345/1).

23 UVW, 69/259, Bericht von Dr. Fernando E. Lee auf der Sitzung des Conselho Consultativo am 22.9.1969 in Wolfsburg.

24 Interview Schmidts mit der *Süddeutschen Zeitung* vom 16. Februar 1972, zit. nach Würtele, *Auf dem Weg zu einer „authentischen“ Gewerkschaftsbewegung* (wie Anm. 14), S. 334.

25 „Unser Kapitalismus kennt keine Scham“, in: *Der Spiegel*, Nr. 39, vom 18. September 1972, S. 124–129.

26 Schreiben Leiding an Hoffmann (1920–2014), 29.10.1973: „Ich habe bei vielen Kontakten mit Journalisten und Persönlichkeiten in Deutschland und Europa bemerkt, dass viele die wahren Aspekte des brasilianischen Lebens und der brasilianischen Mentalität noch nicht kennen. Es ist nur sehr langsam und mit viel Geduld möglich, ein positiveres Bild von Brasilien zu verbreiten.“ (Übersetzung aus dem Portugiesischen durch den Verfasser.)

27 Zitiert aus einer Rede des Abgeordneten Alberto Hoffmanns vor dem brasilianischen Bundesparlament vom 10. Oktober 1973, in: *Diário do Congresso Nacional* vom 10. Oktober 1973, S. 7.109 (Übersetzung durch *VW do Brasil*).

28 UVW 69/286/1, Brief Leiding an Prof. Dr. Kurt Hansen (Vorstandsvorsitzender der Bayer AG), 25.4.1973. Es ließ sich nicht feststellen, ob diese Broschüre auch an Multiplikatoren wie Journalisten versandt wurde.

29 Zur Biografie Geisels siehe die Webseite des brasilianischen Webportals UOL, online abrufbar unter www.educacao.uol.com.br/biografias/ernesto-geisel.htm [24.5.2017].

30 UVW 174/577/1, Schreiben Sauer an Leiding, 24.8.1973.



Die Montagelinie in São Paulo, Foto: Paul Schutzer/The LIFE Picture Collection/Getty Images

VW do Brasil als Profiteur der brasilianischen Militärdiktatur

CHRISTOPHER KOPPER IM INTERVIEW MIT STEPHAN RUDERER

Stephan Ruderer: Sie machen in Ihrer Studie deutlich, dass die brasilianische Tochter von Volkswagen, *VW do Brasil*, auch in Menschenrechtsverbrechen der brasilianischen Militärdiktatur (1964–1985) verwickelt war. Wie genau sah diese Verwicklung aus und welche Ausmaße nahm sie an?

Christopher Kopper: Der Werkschutz von VW kollaborierte von 1969 bis 1980 mit der Politischen Polizei (DOPS) des Militärregimes, obwohl er dazu nicht verpflichtet war. Die Leitung des Werkschutzes informierte die DOPS beispielsweise über subversive politische Flugblätter, die die Werkschützer bei ihren Kontrollgängen in den Umkleieräumen und den Waschräumen fanden. Der Werkschutz teilte der DOPS die Namen und die persönlichen Daten von Mitarbeitern mit, die subversiver Handlungen verdächtigt wurden.

Stephan Ruderer: Wie lässt sich das Verhalten von *VW do Brasil* und der *Volkswagen AG* gerade im Vergleich mit anderen deutschen Firmen beurteilen, die mit den lateinamerikanischen Militärdiktaturen kollaboriert haben? Ich denke da beispielsweise an *Mercedes Benz* in Argentinien. Von dort ist bekannt, dass mindestens 13 Arbeiter „verschwunden“ sind und dass das Automobilunternehmen die Verantwortlichen der Diktatur teilweise ausdrücklich darum gebeten hat, unliebsame Arbeiter festzunehmen, um Streiks zu verhindern.

Christopher Kopper: *VW do Brasil* lieferte politisch oppositionelle Mitarbeiter nicht mit dem Motiv an die Politische Polizei aus, sie loszuwerden. Es war dem Werkschutz jedoch bewusst, dass die Weitergabe von Informationen über politisch verdächtige Mitarbeiter zu deren Verhaftung beitrug und politische Gefangene von der Polizei gefoltert wurden. Der Personalvorstand von *VW do Brasil* war in die Zusammenarbeit des Werkschutzes mit der Politischen Polizei eingeweiht. Die 1972 verhafteten sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von *VW do Brasil* wurden nach dem Ende ihrer Haftzeit (1974) allesamt nicht wiederein-

gestellt. Bis 2016 ergriff der Konzern keine Initiative, um die Arbeiterinnen und Arbeiter zu entschädigen.

Stephan Ruderer: Wir haben eben schon Argentinien angesprochen. Die Bundesregierung hatte ein durchaus ambivalentes Verhältnis zur dortigen Militärdiktatur, die deutschen Botschafter vor Ort haben die Diktatur mitunter ganz explizit unterstützt. Auch im Fall des deutschen Opfers Elisabeth Käsemann wird der Bundesregierung vorgeworfen, die wirtschaftlichen Interessen der Zusammenarbeit mit der Diktatur über den Schutz der Opfer gestellt zu haben. Wie war das Verhältnis der Bundesregierung zur Diktatur in Brasilien? Und wie hat dieses Verhältnis auch das Verhalten der großen deutschen Firmen wie der *Volkswagen AG* beeinflusst? Und gab es eigentlich deutsche Opfer unter den *Volkswagen*-Arbeitern? In Ihrem Bericht tauchen die Namen Heinrich Plagge und Annemarie Buschel auf, die zumindest auf deutsche Wurzeln verweisen.

Christopher Kopper: Die Bundesregierung nahm den Militärputsch vom 31. März 1964 nicht zum Anlass, ihre guten diplomatischen Beziehungen zur brasilianischen Regierung zu überprüfen oder gar zu ändern. Der schon vor dem Putsch geplante Staatsbesuch des Bundespräsidenten Heinrich Lübke fand im Mai 1964 wie geplant statt. 1976 empfing Bundeskanzler Helmut Schmidt den brasilianischen Staatspräsidenten Ernesto Beckmann Geisel beim Besuch in der Bundeshauptstadt Bonn. Die Bundesregierung verhinderte auch nicht den Verkauf von Atomkraftwerken durch die *Siemens AG* an die staatliche brasilianische Elektrizitätsgesellschaft, obwohl Brasilien nicht völkerrechtlich auf Atomwaffen verzichtet hatte. Im Zentrum der deutschen Außenpolitik gegenüber Brasilien standen in den 1960er und 1970er Jahren nicht die Menschenrechte, sondern gute Wirtschaftsbeziehungen. Der Vorstand der *Volkswagen AG* konnte sich daher sicher sein, mit der Pflege seiner guten Beziehungen zur Militärdiktatur nicht im Widerspruch

zur Bundesregierung zu handeln. Die Vorstandsvorsitzenden Kurt Lotz und Rudolf Leiding besuchten Brasilien regelmäßig und statteten den Staatspräsidenten nach Möglichkeit auch einen Höflichkeitsbesuch ab.

Zwei der sechs verhafteten Arbeiter von *VW do Brasil* hatten tatsächlich deutsche Wurzeln, aber sie waren brasilianische Staatsbürger. Eine Reaktion des Auswärtigen Amtes zu ihrer Hilfe ist nicht bekannt.

Stephan Ruderer: Wir haben eben bereits wirtschaftliche Aspekte thematisiert. In wie weit profitierte die *Volkswagen AG* von der repressiven Politik der Militärdiktatur? Unterstützte der Konzern die Regierung wirtschaftlich und wäre in dieser Hinsicht ein anderes, distanzierteres Verhalten möglich gewesen?

Christopher Kopper: *VW do Brasil* und der gesamte Volkswagen-Konzern profitierten von der Unterdrückung des Streikrechts und der von der Militärdiktatur erzwungenen Entpolitisierung der Gewerkschaften. Da das Lohnniveau deutlich niedriger war, als es bei freien Lohnaushandlungen zu erwarten gewesen wäre, erzielte *VW do Brasil* bis Ende der 1970er Jahre deutlich höhere Renditen als die deutsche Konzernmutter. Die hohen Gewinne von *VW do Brasil* halfen der *Volkswagen AG*, die schwere Autokrise der Jahre 1974/75 zu überstehen. *VW do Brasil* unterstützte die Militärdiktatur nicht direkt, zeigte sich jedoch gegenüber ungewöhnlichen Investitionswünschen der Regierung empfänglich. *VW do Brasil* erfüllte beispielsweise einen Wunsch der Regierung, als es 1973 mit Erlaubnis der Wolfsburger Mutter 140.000 Hektar Savannenland im Norden Brasiliens kaufte, um dort nach der Abholzung von 50 Prozent der Waldfläche eine Musterfarm zu errichten. Im Jahr 1986 verkaufte *VW do Brasil* diese Musterfarm, dies allerdings nicht aus ökologischer Einsicht, sondern wegen dauerhafter roter Zahlen.

Stephan Ruderer: Ihr aufschlussreicher Bericht kommt auch zu unerwarteten

Ergebnissen. So verweisen Sie auf die Ausbeutung brasilianischer Wanderarbeiter in dem eben angesprochenen Weidelandprojekt von *VW do Brasil*, das sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich katastrophale Folgen hatte. Wie verhält sich der Konzern zu diesem Teil seiner Geschichte heute?

Christopher Kopper: Obwohl dieses Weidelandprojekt niemals zum Kerngeschäft des Konzerns gehörte, war die Aufarbeitung für den Konzernvorstand für Integrität und Recht ebenso selbstverständlich wie für mich. Volkswagen hatte nie eine rechtliche Verantwortung für die Ausbeutung brasilianischer Wanderarbeiter, aber erkennt die moralische Verpflichtung zur Aufarbeitung dieser Vorgänge uneingeschränkt ein.

Stephan Ruderer: Zum Schluss noch eine eher methodische Frage. Wie gestaltete sich die konkrete Arbeit an dem Bericht? Auf welche Quellen konnten Sie zugreifen, wo besteht nach Ihrer Ansicht aber auch noch Aufklärungsbedarf? Gab es eventuell Quellenbestände, die Sie nicht einsehen konnten oder durften?

Christopher Kopper: Ich konnte bei meiner Forschung auf die recht umfangreichen Akten des Konzernarchivs in Wolfsburg zurückgreifen, die sehr gut erschlossen sind. Bei *VW do Brasil* ist keine einzige Akte aus jener Zeit überliefert. Dies ist nach meinem Eindruck jedoch nicht das Ergebnis gezielter Vertuschung, sondern die Folge eines sehr viel schwächeren Interesses der brasilianischen Öffentlichkeit an seiner Diktaturvergangenheit. In São Paulo wertete ich vor allem die Akten der Politischen Polizei aus, die entscheidende Informationen über die Zusammenarbeit des Werkschutzes mit der Polizei vermitteln.

Christopher Kopper ist Wirtschaftshistoriker und lehrt als außerplanmäßiger Professor an der Universität Bielefeld.

Stephan Ruderer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im SFB 1150 „Kulturen des Entscheidens“ an der WWU Münster und forscht zur Geschichte Lateinamerikas.



Das Hertie-Kaufhaus im Jahr 1998, Foto: H.-G. Koll

AdM 2/2018

Das größte Kaufhaus der Stadt

Hertie öffnet seine Pforten

VON WERNER STRAUß

Die 1950er Jahre gelten gemeinhin als das Jahrzehnt des Wirtschaftswunders in der Bundesrepublik. Als Vordenker der Währungsreform und als erster Wirtschaftsminister hatte Ludwig Erhard die Weichen hierzu gestellt. Es galt Erhards propagierte Maxime des „Wohlstands für alle“, als neue Wirtschaftsordnung wurde die „soziale Marktwirtschaft“ eingeführt. Zudem herrschte Vollbeschäftigung, die private Kaufkraft stieg ab Mitte der 1950er Jahre an. Dies hatte zur Folge, dass der Konsum signifikant zunahm und immer mehr Berufstätige sich Möbel, Elektrogeräte, Autos und Reisen leisten konnten. Ein Übriges tat die Massenfertigung ehemals unerschwinglicher Dinge wie Radios, Fernseher oder Waschmaschinen, wodurch solche Konsumgüter auch für die breite Masse der Bevölkerung erschwinglich wurden. In die Spätphase des Wirtschaftswunders fällt im Jahre 1960 die Eröffnung des Kaufhauses *Hertie* am Nordende der Porschestraße als Vollsortiment-Kaufhaus. In der noch unfertigen Stadtmitte wirkte das Kaufhaus *Hertie* wie ein Magnet auf die Wolfsburger Bevölkerung und Kunden aus der Region.

Für den Bau des Kaufhauses stand am Ende der Hauptgeschäftsstraße ein nach allen Seiten freies Grundstück zur Verfügung. Westlich des Kaufhauses war mit der Bahnhofspassage eine Ladenstraße als abkürzende Verbindung zwischen dem Bahnhof und der Porschestraße geplant. Die Grundstücksgröße ermöglichte einen Bau, der sich in drei unterscheidbare Abschnitte gliederte. Der Ge-

bäudeteil mit dem geschwungenen Dach (der heutigen Markthalle) nahm die Lebensmittelabteilung auf. Der mittlere, etwas höhere Bauteil diente den allgemeinen Verkaufsabteilungen. Der nördliche Bauteil wurde als Möbel- und Einrichtungshaus genutzt. Mit Ausnahme der Lebensmittelabteilung wurde der Bau mit verschiedenartigem keramischen Material verkleidet. Der Architekt des Hauses, Hans Soll, war der Meinung, einen Warenhaustyp konzipiert zu haben, wie er in den USA ähnlich in Landgebieten anzutreffen war. Mit 65.000 Kubikmetern umbauten Raumes war das *Hertie*-Kaufhaus in der 22 Jahre alten Stadt das bisher größte Geschäftsgebäude. Erst die *City-Galerie* setzte Jahrzehnte später neue Maßstäbe.

Am 18. November 1960 waren am Vorabend der eigentlichen Eröffnung des Hauses Vertreter der Stadt, des VW-Werkes und aus der örtlichen Geschäftswelt zur Vorabbesichtigung eingeladen. Oberbürgermeister Dr. Uwe-Jens Nissen und Oberstadtdirektor Dr. Wolfgang Hesse wünschten dem *Hertie*-Management eine erfolgreiche Geschäftsentwicklung. Dr. Nissen bezeichnete das neue Kaufhaus als eine „Zugmaschine für die Wolfsburger Wirtschaft“, die auch Menschen aus dem Hinterland heranzöge. Mit anfänglich 540 Beschäftigten war *Hertie* nach dem Volkswagenwerk und der Stadt drittgrößter Arbeitgeber in Wolfsburg. Insbesondere das überproportionale Angebot an Frauen-Arbeitsplätzen war in Wolfsburg willkommen. Das *Hertie*-Vorstandsmitglied Baumeis-

ter verwies in seiner Ansprache darauf, dass durch die Errichtung des *Hertie*-Kaufhauses nach Erfahrungen anderenorts der stationäre Einzelhandel vor Ort insgesamt profitiere. Als Archivalie des Monats dient ein Presseartikel der Wolfsburger Nachrichten vom 18. November 1960 zur Eröffnung des Kaufhauses. Am Eröffnungstag für das Publikum herrschte ein riesiger Andrang. Vor den Schaufenstern drängten sich die Menschen, im Kaufhaus selbst „konnte kaum ein Apfel zu Boden fallen“, wie es in der WAZ vom 19./20. November 1960 zu lesen war.

Das Kaufhaus *Hertie* erlebte in den über 40 Jahren seiner Existenz in Wolfsburg zunächst gute, gegen Ende hin eher schlechte Zeiten. In der Blütezeit Anfang der 1970er Jahre waren bei *Hertie* über 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt und standen auch für Service-Qualität den Kunden gegenüber. Sonderaktionen aus verschiedenen Anlässen boten die Gelegenheit, intensiv für das Kaufhaus zu werben. Von ganz besonderer Bedeutung waren die beiden Jubiläumswochen im Frühjahr 1982 zum 100-jährigen Bestehen des *Hertie*-Warenhauskonzerns. Das Aktionsprogramm reichte von kurz- wie längerfristigen Angeboten aller Sparten über eine Gobelin-, Porzellan- und Perlenschau bis hin zu Publikumsaktionen, Theater, Videovorführungen, Musikgruppendarbietungen, historischen Trachten, Moden, Webereien und Künstlerattraktionen. Großmärkte am Rande der Stadt und der Kaufkraftabfluss in Nachbarstädte wie Braunschweig führten bei *Hertie*

in Wolfsburg in den folgenden Jahren zu Rationalisierungsmaßnahmen, mit denen ein Personalabbau einherging. Anfang 1985 hatte *Hertie* nur mehr 434 Beschäftigte. Nach Aussagen der Geschäftsleitung musste sich das Kaufhaus veränderten Marktbedingungen anpassen. Nicht nur die Einwohnerzahl Wolfsburgs stagnierte, auch die Verbrauchermärkte auf der „grünen Wiese“ schufen eine drückende Konkurrenz. Langsam aber stetig begann für *Hertie* der Sinkflug, nur noch kurzzeitig unterbrochen durch die DDR-Grenzöffnung im Jahre 1989. Vom Mutterkonzern wurden kaum noch Investitionen in das Wolfsburger Haus getätigt. Auch unterblieb eine eigentlich erforderliche Grundsanierung, um die Warenpräsentation auf den neuesten Stand zu bringen. So vollzog sich der unaufhaltsame Niedergang in Raten: Erst schloss die obere Etage, dann folgten weitere Bereiche. Das endgültige Aus folgte nach der Eröffnung der *City-Galerie* im Jahre 2001. Die entstandenen Umsatzeinbußen waren nicht mehr aufzufangen. Am 29. August 2003 schloss *Hertie* für immer. Vielen Wolfsburgerinnen und Wolfsburgern fiel es schwer, vom traditionsreichen Kaufhaus Abschied zu nehmen.

In Folge der städtebaulichen Neuplanung des Porschestraßen-Nordkopfes wurde der *Hertie*-Komplex bis auf die frühere Lebensmittelabteilung abgerissen. Dieser Teil diente nach baulichen Anpassungsmaßnahmen als Markthalle, die allerdings nicht zum geschäftlichen Erfolg führte und bald wieder schließen musste.



Ausstellungsbroschüre Tokio, Moskau, Leopoldville, StadtA WOB, HA 4884

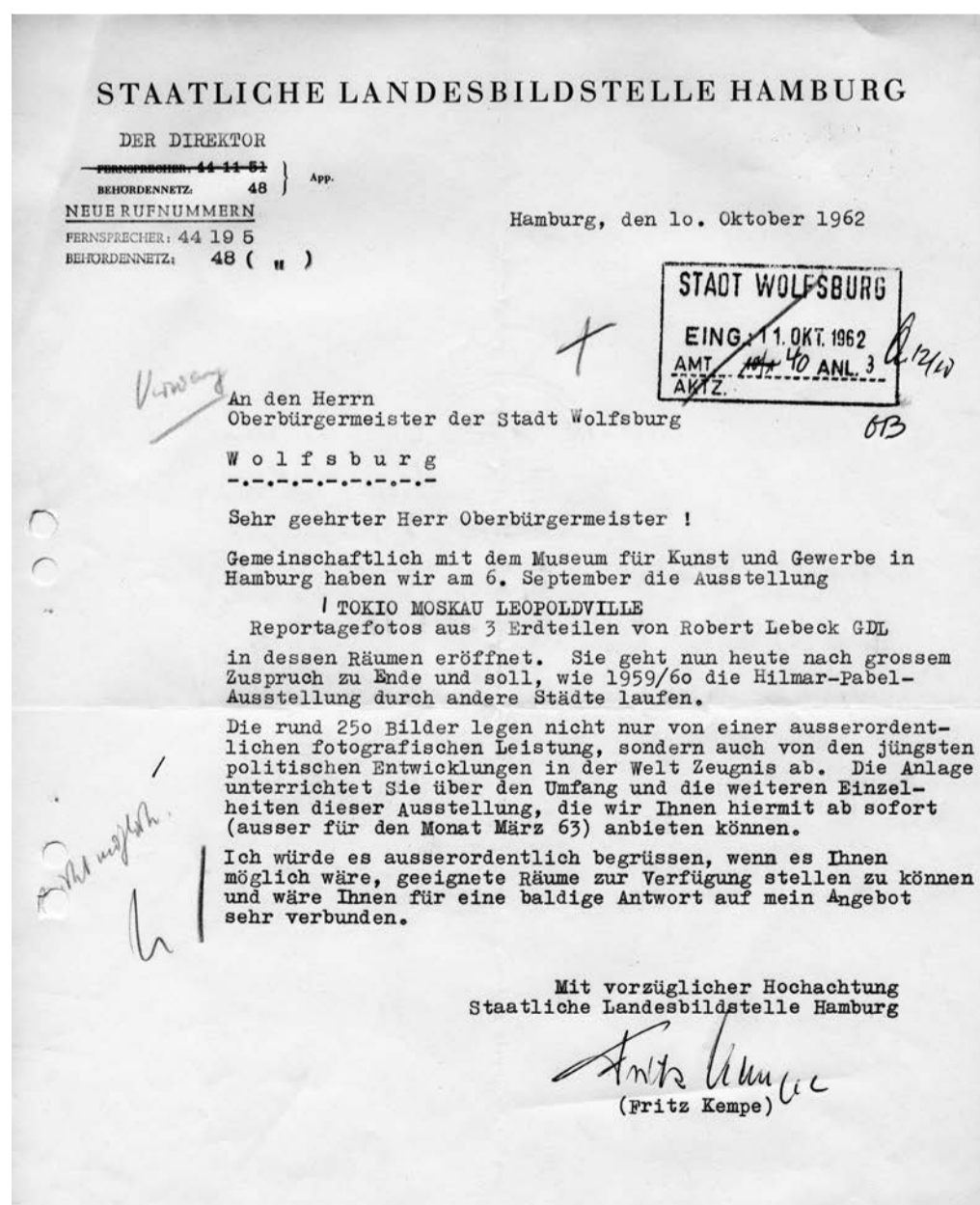
Mit der aktuell im Kunstmuseum Wolfsburg gezeigten Ausstellung *Robert Lebeck. 1968*, die in Kooperation mit dem Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation erarbeitet wurde, schließt sich im Grunde ein Kreis. Denn als Robert Lebeck 1962 seine erste große Einzelausstellung im Hamburger *Museum für Kunst und Gewerbe* realisierte, die Fotografien seiner großen Reportagen aus Tokio, Moskau und Leopoldville präsentierte, wurde sie im Herbst des Jahres auch der Stadt Wolfsburg als mögliche Station angeboten. In seinem Schreiben vom 10. Oktober 1962, unserer Archivalie des Monats, verwies der damalige Leiter der Staatlichen Landesbildstelle Hamburg, Fritz Kempe, selbst gelernter Fotograf, auf die positive Resonanz der Ausstellung, deren „rund 250 Bilder [...] nicht nur von einer ausserordentlichen fotografischen Leistung, sondern auch von den jüngsten politischen Entwicklungen in der Welt Zeugnis ab[legen]“. In der Tat schrieben einzelne der gezeigten Aufnahmen Fotogeschichte, so die Fotografie „Des Königs Degen“, das als Covermotiv zahlreicher Illustrierter und Zeitungen des Jahres 1960 als Symbol für den Freiheitsdrang des afrikanischen Kontinents gelesen werden kann. Oberstadtdirektor Dr. Wolfgang Hesse schickte nur wenige Tage später eine abschlägige Antwort nach Hamburg: Die Stadt Wolfsburg könne die Ausstellung nicht zeigen, so seine Begründung, „da geeignete Räume auf weite Sicht nicht zur Verfügung“ stünden. – Tatsächlich nutzte die Stadt in jenen Jahren mitunter die Bürgerhalle des Rathauses als Ausstellungsraum, doch hätte diese die große Anzahl der Fotografien nicht beherbergen können. Warum der Oberstadtdirektor jedoch nicht die 1958 eingeweihte Stadthalle in Betracht zog, in

AdM 3/2018

Fotografieren schreiben Geschichte

Robert Lebeck und Wolfsburg 1962

VON ALEXANDER KRAUS



StadtA WOB, HA 4884

der noch vor Fertigstellung bereits im Mai des 1958 die Lovis-Corinth-Ausstellung gezeigt wurde, kann nicht rekonstruiert werden.

Mag damals auch die Chance verpasst worden sein, mit Robert Lebeck einen der wichtigsten Fotojournalisten seiner Zeit zu präsentieren – eine verpasste Gelegenheit, die mit der aktuellen Ausstellung mehr als ein halbes Jahrhundert später nachgeholt wird –, so verrät diese Episode dann doch etwas über die Geschichte der Stadt Wolfsburg. Ist auch nicht bekannt, welchen anderen Städten die Ausstellung zur Übernahme angeboten wurde, so kann konstatiert werden, dass Wolfsburg offenbar als eine Stadt wahrgenommen wurde, die sich gegenüber der jungen Kunst, und das schließt auch die Fotokunst mit ein, aufgeschlossen zeigte. Mit Sicherheit hing das mit dem 1959 erstmals durchgeführten städtischen Kunstpreis *Junge Stadt sieht junge Kunst* zusammen, mit dem Wolfsburg rasch auch überregionale Aufmerksamkeit erlangen sollte. Auch waren im Feld der Kunst mit Hamburg bereits seit Mitte der 1950er Jahre erste Bande geknüpft, hatte doch Hesse im Hamburger Auktionshaus Hauswedell erste Grafiken der Klassischen Moderne für die städtische Kunstsammlung angekauft. Über die damalige Ausstellung *Tokio. Moskau. Leopoldville. Robert Lebeck. Reportagefotos aus 3 Erdteilen* schrieb Kempe in der begleitenden Broschüre einen Satz, der auch für die aktuelle Lebeck-Ausstellung in Wolfsburg Gültigkeit hat: „Erst in der ausstellungsmäßigen Vergrößerung und Gruppierung machen sie [die Bilder] deutlich, was im Pressealltag leicht übersehen wird, daß nämlich die Geschichte unserer Tage nicht nur von den Ereignissen, sondern auch von den Fotografen geschrieben wird.“

